heimatlos

Stadtteilzeitung des Gymnnasiums Links der Weser

Schule – Obervieland – Flucht	Seite 1
Bürger und Neonazis	Seite 5
Fluchtschicksale	Seite 6
Syrien	Seite 8
Asylpolitik	Seite 9
Fluchtursachen	Seite 11

Flüchtlingsjugendliche: Gäste an unserer Schule

Wer lässt schon gerne alles zurück: Freunde, Familie, Besitz, Landschaft, Heimat?

Flüchtlinge nach Obervieland – neue Nachbarn unserer Schule

In drei Aufnahmeprogrammen haben die Innenminister von Bund und Ländern mittlerweile die Aufnahme von insgesamt 20.000 syrischen Flüchtlingen beschlossen. Auch Bremen wird einige hundert Menschen aufnehmen, verteilt auf verschiedene Stadtteile.

von Mailin Adameit, Lea Behnken und Melisa Muratoglu

Für Obervieland war zunächst geplant, Flüchtlingswohnungen für 120 Menschen (überwiegend Familien) in der Brenningstraße zu bauen. Anwohner organisierten sofort Protest gegen das Vorhaben. Die Sorgen Kriminalität, Dreck und Wertverlust der Grundstücke waren zentral.

Im Spätsommer 2013 wurden die Pläne abgeändert: Der Ortsbeirat beschloss einstimmig, dass die Wohnungen nunmehr direkt an unsere Schule, das Gymnasium Links der Weser, angrenzen sollten – direkt hinter der Sporthalle in der Hans-Hackmack-Straße. Auch die Stimmung bei der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats zu dem Thema im August 2013 war aufgeheizt. 400 Menschen waren anwesend. Offen rassistische Bemerkungen fielen eher hinter vorgehaltener Hand. Ans Mikro traten hingegen Befürworter und Menschen, die meist diffuse Ängste vor den fremden Nachbarn äußerten. Auch aus anderen Stadtteilen waren Bürger gekommen, die von guten Erfahrungen mit Flüchtlingen berichteten. Etwa Ingeborg Burwitz aus Schwachhausen, Nachbarin der Notunterkunft in der Thomas-Mann-Straße. Sie berichtete: „Auf der menschlichen Ebene möchte ich Ihnen sagen, meine ehrenamtlich Tätigkeit dort hat mich sehr bereichert und ich lerne immer neue freundliche Menschen kennen."

Im Juni 2014 wurden die Pläne dann erneut überarbeitet. Es wurde beschlossen, die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) in der Steinsetzerstraße (Habenhausen), die schon seit Langem überlastet und auch räumlich keineswegs optimal war, in ein seit Jahren leerstehendes Gebäude in der Alfred-Faust-Straße zu verlegen, das wesentlich besser geeignet sei. Zunächst nicht weiter verfolgt werden damit sehr wahrscheinlich die Planungen für die Hans-Hackmack-Straße.

Für unsere Schule ändert sich dadurch aber nicht viel. Auch das Gebäude in der Alfred-Faust-Straße liegt in unmittelbarer Nachbarschaft. Wir werden viele neue Gesichter kennenlernen und uns auf die Integration vorbereiten. Wenn jeder einen kleinen Beitrag leistet und den Flüchtlingen positiv gegenüber tritt, ist die Integration auf dem besten Weg. Es gibt viele Vorurteile gegenüber den Flüchtlingen, doch wir sollten zunächst bedenken, dass sie genauso wie wir Menschen sind, die in Ruhe leben wollen. Und genau dazu hatten sie in ihren Heimatländern keine Chance. Wer lässt schon gerne alles zurück: Freunde, Familie, Besitz, Landschaft, Heimat?

Europäische Tomaten – ein Fluchtgrund?

Aus der Luft sehen sie gespenstig aus, die Treibhäuser im andalusischen Almeria. Mit einer Fläche von 25.000 Hektar sind sie die größten Europas. Sie wurden angelegt, weil es dort im Jahr durchschnittlich 3.000 Sonnenstunden gibt.

von Jannes Conrad

Heute ist die Gegend um Almeria zwar nicht so arm wie früher, aber auch nicht reich. Mittlerweile gibt es Konkurrenz von anderen südlichen Ländern, wie Marokko, Italien und Israel. Damit aber auch weiterhin in Europa gut produziert werden kann, unterstützt die Europäische Union ihre Landwirtschaft mit rund 350 Milliarden Dollar im Jahr.

Aber nicht nur die Produktion wird unterstützt, sondern auch der Export. Und auf den Plantagen wird viel mehr produziert als verbraucht. Das, was dann über bleibt, wird sehr günstig in afrikanischen Ländern verkauft. Jean Ziegler, ehemaliger Sonderberichterstatter der UNO für das Menschenrecht auf Nahrung, erklärt in einem Interview, dass man etwa auf dem größten westafrikanischen Markt in Dakar europäisches Gemüse 60% günstiger kaufen kann als afrikanisches.

Die Folge davon ist fatal: Einheimische Bauern aus Afrika verkaufen viel weniger. Viele können von ihren Produkten nicht mehr leben und entscheiden sich dazu, ihre Heimat wegen der wachsenden Armut zu verlassen. Das Ziel ist Europa, wo sie hoffen, besser überleben zu können. Irgendwie durch die Sahara kommen, auf ein Schiff und dann nach Spanien, Italien oder Griechenland. Unzählige sterben auf der Flucht, verdursten oder ertrinken. Viele, die es schaffen, kommen dann für einen Hungerlohn als Tagelöhner auf den Plantagen etwa in Almeria unter – der Kreis schließt sich. Dort leben sie unter schlimmen Bedingungen in Slums direkt neben den Gemüsefeldern. In Hütten aus Wellblech, mit vielen Menschen in einem Raum, überall liegt Dreck herum – und die meisten sind Tag für Tag von der Abschiebung bedroht.

In eigener Sache

Jetzt steht es wohl fest: Nach langem Hin und Her soll die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge in die Alfred-Faust-Straße kommen – gegenüber unserer Schule. Die Aufregung in Stadtteil und Schule ist groß. Was sind das für Leute? Wie wird sich der Alltag verändern? Was bedeutet das für die Schule? Ängste kamen auf. Unterschriften wurden gesammelt. Aber viele überlegten auch, wie man den Flüchtlingen helfen kann.

Grund genug für uns, den Wahlpflicht-Kurs Menschenrechte, das Thema Flucht und Asyl anzugehen. Wir wollten mit Flüchtlingsjugendlichen Kontakt knüpfen. Das hat geklappt: Wir haben verschiedene Ausflüge, eine Weihnachtsfeier und ein Fußballturnier gemacht. Und wir haben beschlossen, diese Zeitung zu machen, in der wir aber nicht nur über unsere Aktivitäten und über Obervieland berichten wollen. Wir wollen auch Fluchtgründe und -schicksale kennenlernen und fragen, was das vielleicht mit uns zu tun hat.

Das meiste, was hier abgedruckt ist, haben wir vorher nicht gewusst. Bestimmt ist auch etwas Neues für Sie dabei. Und wir hoffen, dass wir mit der Zeitung zu einem guten Zusammenleben beitragen – für alle!

WP-Kurs Menschenrechte – Gymnasium Links der Weser - Obervieland

Gymnasium Links der Weser
Ganztagsschule - Eliteschule des Fußballs

Weihnachtsfeier mit Flüchtlingsjugendlichen

Unser WP-Kurs Menschenrechte nahm im Herbst 2013 Kontakt zu einer Gruppe Flüchtlingsjugendlicher auf, die alleine, also ohne Eltern oder Angehörige, in Deutschland angekommen sind und mittlerweile in der Theodor-Billroth-Straße unterrichtet werden. Wir wollten mehr über sie erfahren und ihr Schicksal kennen lernen.

von Jannes Conrad

Als wir die Zusage ihrer Lehrerin bekamen, fingen wir an ein Frühstück zu organisieren, welches die gesamten Kulturen unseres Kurses widerspiegeln sollte. Jeder trug etwas aus seinem Heimatland dazu bei. Es gab Thunfischbällchen aus Sri Lanka, Bulgur-Salat, Feta, Sucuk, Oliven und Blätterteigröllchen aus der Türkei, Homus und Süßigkeiten aus dem Libanon, Bananenchips und Brot aus Ghana, Piroggen aus Russland, Marmelade aus Aserbaidschan, selbstgebackene Mäuse, Kuchen, Brötchen, Honig, Wurst, Käse und Rührei aus Deutschland.

Als die Flüchtlinge eintrafen, stellte sich jeder vor. Es wurden Gruppen eingeteilt, in denen mindestens zwei Kursschüler waren und zwei Flüchtlinge. An einer großen Weltkarte klebten sie ein Schild mit ihrem Namen auf, dort wo sie herkommen.

Die meisten von ihnen sprachen nur Englisch und Französisch, einige auch Türkisch. Als wir uns dann in unseren Gruppen an die Frühstückstische gesetzt hatten, eröffnete unser Lehrer Herr Winter das Frühstücksbuffet. Während wir harmonisch zusammen saßen und die Speisen aus anderen Kulturen kosteten, erzählten die Flüchtlinge von ihrem Erlebten. Aber sie redeten auch von dem, was ihnen in Deutschland gefiel und was ihre Hobbys waren. Fußball stand ganz weit oben auf der Liste.

Wir hatten auch kleine Geschenke für die Flüchtlinge organisiert – Schokoweihnachtsmänner und jeweils eine Tasse, die sie selbst mit Porzellanfarbe gestalten konnten. Zum Schluss gab es eine kleine Feier mit allen Schülern der 9. Klassen. Die Schulband und zwei somalische Flüchtlinge haben gesungen.

Seit diesem Tag bauen wir den Kontakt zu den Flüchtlingen weiter aus, sie dürfen bei uns an der Schule in der Mensa essen. Auch haben wir viele andere gemeinsame Aktivitäten unternommen.

Weihnachtsfeier: Faysal und Hasan aus Somalia spontan auf der Bühne

Umfrage: Stimmung an unserer Schule

Während unseres Projekts haben wir uns die Frage gestellt, wie wohl die Stimmung hinsichtlich der geplanten Flüchtlingsunterkünfte bei uns an der Schule ist. Dafür haben wir einen Fragebogen entwickelt und insgesamt 151 Schüler und Schülerinnen befragt. Dabei kam doch Interessantes zum Vorschein.

von Mailin Adameit, Lea Behnken und Melisa Muratoglu

Sollte Deutschland als wohlhabendes Land deiner Meinung nach mehr Flüchtlinge aufnehmen?

Die deutliche Mehrheit, beinahe 50%, der Schülerinnen und Schüler unserer Schule findet, Deutschland sollte mehr Flüchtlinge aufnehmen. Nur ein Fünftel (21%) spricht sich dagegen aus. Bemerkenswert ist allerdings, dass deutlich mehr Mädchen eine höhere Aufnahmequote befürworten, und sogar doppelt so viele Jungs wie Mädchen die Frage verneinten. Auch sind jüngere Schüler viel seltener gegen die Aufnahme von mehr Flüchtlingen als ältere – bei den über Sechzehnjährigen waren dies beinahe 40%, bei den 10-12 Jährigen nur knapp 11%.

Wie wird sich die Situation durch die ZAST gegenüber unserer Schule verändern?

Etwa ein Viertel der Schülerinnen und Schüler denkt, dass es weder positive noch negative Veränderungen geben wird. Allerdings sind auch bezogen auf das Alter deutliche Unterschiede zu sehen. Die älteren Schüler und Schülerinnen haben erheblich schlechtere Erwartungen als die Jüngeren. Bei den Zehn- bis Zwölfjährigen befürchten lediglich 18% negative Veränderungen, bei den über Sechzehnjährigen sind es mit 55% mehr als die Hälfte aller Befragten. Noch deutlicher ist das Ergebnis der positiven Erwartungen: Fast 60% der jüngeren Schüler erwartet positive Veränderungen, bei den älteren sind dies nur 13%.

Insgesamt wurde bei unserer Umfrage deutlich, dass die jüngeren Schüler und Schülerinnen eine deutlich positivere Einstellung zu den Flüchtlingen haben als die Älteren.

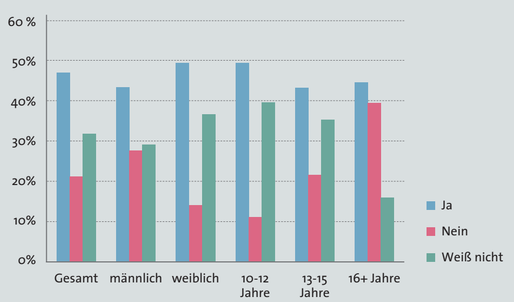
Des Weiteren stellten wir zwei offene Fragen zu Integrationschancen und zu Befürchtungen – die Antworten können wir nur beispielhaft aufzeigen. Zu der Frage „Was könnten wir in unserem Stadtteil tun, damit das Zusammenleben mit Flüchtlingen gut gelingt?“ schlugen viele vor Deutschkurse anzubieten, Patenschaften zu übernehmen und Kleidung zu spenden, sowie die Flüchtlinge zu akzeptieren, zu tolerieren und auch möglichst einzubinden.

Hinsichtlich der Befürchtungen denken viele Kinder auch an negative Dinge, die geschehen könnten, etwa dass mehr Diebstähle oder andere Verbrechen geschehen könnten oder dass es auch mehr Stress im Stadtteil geben könnte.

Offenbar, so meinen wir, denken viele nicht daran, dass die Flüchtlinge aufgrund von Gewalt oder Armut geflüchtet sind. Sie denken auch nicht daran, dass diese Menschen Vieles oder auch Alles verloren haben und dass die meisten gar nicht vorhaben irgendetwas zu klauen, sondern nur ein neues und hoffentlich glückliches Leben anfangen wollen. Blöde Menschen gibt es sicher auch unter ihnen und es wird auch immer welche geben. Aber das ist doch bei uns nicht anders. Wir glauben nicht, dass die Anwesenheit von Flüchtlingen einen großen Einfluss auf die Anzahl der Kriminellen in Bremen hat. Vielleicht sollte man aber mehr dafür tun, sie gleich gut zu versorgen und einzubinden, damit diese Gefahr auch vermindert wird.

Wir sind der Meinung, man sollte einfach mal versuchen sich in die Lage der Flüchtlinge hineinzuversetzen. Wie es wäre seine Umgebung, seine Freunde und seine Familie zu verlassen oder zu verlieren, und wie es wäre, an einem ganz fremden Ort aufzutauchen und noch nicht einmal die Sprache zu beherrschen. Vielleicht regt es den einen oder anderen dazu an, anders darüber zu denken und vielleicht Gutes für sie zu tun.

Sollte Deutschland als wohlhabendes Land mehr Flüchtlinge aufnehmen?



Wie wird sich die Situation durch die ZAST gegenüber unserer Schule verändern?

	sehr negativ					sehr positiv		
	-3	-2	-1	0	1	2	3	Gesamt
Gesamt	4,2%	12,59%	16,78%	25,87%	13,27%	15,38%	11,89%	151
		33,57%		**25,87%**		**40,54%**		
10-12 Jahre	2,82%	11,27%	4,23%	22,54%	16,9%	23,94%	18,31	71
		18,32%		**22,54%**		**59,15%**		
13-15 Jahre	7,69%	7,69%	23,08%	35,8%	7,69%	10,26%	7,69%	39
		38,46%		**35,8%**		**25,64**		
16+ Jahre	2,63%	21,05%	31,58%	31,58%	10,53%	0%	2,63%	41
		55,26%		**31,58%**		**13,16%**		

Jutta Albers: Stellvertretende Schulleiterin des Gymnasiums Links der Weser

Thomas Kothe: Kontaktpolizist des Gymnasiums

Meinungen

Wir haben unsere stellvertretende Schulleiterin Frau Albers und den Kontaktpolizisten Herrn Kothe zum Thema Flüchtlingswohnungen bzw. zur geplanten Zentralen Aufnahmestelle gegenüber unserer Schule interviewt.

Die Gespräche führten Mailin Adameit, Melisa Muratoglu und Lea Behnken.

Frau Albers Einstellung dazu ist sehr positiv, da sie von Anfang an vorgeschlagen hatte, die Flüchtlingswohnungen in der Hans-Hackmack-Straße neben unserer Schule zu bauen, weil es dort viel Grün gibt. Auch gegen die Verlegung der ZAST hat sie nichts. Sie ist der Meinung, dass die erste Idee, die Flüchtlinge in der Brenningstraße unterzubringen, keine gute war. Sie würden dort wie auf einem Präsentierteller leben. Sie ist sehr froh darüber, dass sie nach langem Hin und Her dichter an die Schule kommen und hat deswegen keinerlei Bedenken. Wir fragten sie auch, ob sie Vorteile oder Nachteile für unsere Schule sieht. Daraufhin äußerte sie sich: „Natürlich wäre es am Besten, es müssten keine Menschen aus ihrer Heimat fliehen. Aber da dem nicht so ist, sollten wir dafür sorgen, sie gut unterzubringen – schließlich leben wir glücklicherweise in einem reichen Land, aus dem niemand fliehen muss. Auch wollen wir sie in der Schule gut integrieren: Wir sind eine Schule mit Schülern vieler unterschiedlicher Nationalitäten (...) und ich hoffe sehr, dass es eine Verbindung zwischen den Kindern dieser Familien und unserer Schule geben wird, dass wir diese Kinder in unseren Klassen gut aufnehmen und viel voneinander lernen können.“

Herrn Kothes Ansicht zu den Flüchtlingswohnungen ist auch positiv. Als erfahrener Polizist erzählt er uns, dass die Kriminalität kaum damit zusammenhängt, wie viele Flüchtlinge vor Ort wohnen. Natürlich gibt es Asylbewerber, die stehlen oder andere Straftaten begehen, aber es gibt genauso ganz normale Bürger, die so etwas tun. Zu unserer Frage, ob er findet, dass Deutschland als reiches Land mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte, sagte er, dass wir uns ein Beispiel an anderen Ländern nehmen sollten, die ein Vielfaches von Deutschland an Flüchtlingen aufnehmen und dass er von der verbreiteten Haltung in unserem Land, so wenig wie möglich aufzunehmen, fast schon beschämt sei. Er sagte: „Wir können nicht in Europa wie die Made im Speck leben und so wenig wie möglich in Kontakt mit den Problemen der Menschen kommen wollen, denen es nicht so geht. Fremde Kulturen sind auch eine Bereicherung für unsere Gesellschaft (...). Trotzdem sollten die Flüchtlinge natürlich auch versuchen, sich zu integrieren. Sie sollen nicht alles aufgeben, aber es als neuen Start sehen.“ Es gibt leider viel zu viele Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen aus verschiedenen Gründen, und wir müssen versuchen das Beste daraus zu machen.

> *„Wir können nicht in Europa wie die Made im Speck leben und so wenig wie möglich in Kontakt mit den Problemen der Menschen kommen.“*
> Thomas Kothe, Kontaktpolizist

Die zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) – Ein Interview mit der Leiterin Frau Gregerek

Das Gespräch führten Emre Metin und Malidu Winkler

Wie fühlen Sie sich in Ihrem Beruf?
Als ich zum ersten Mal hier ankam, war ich sehr neugierig und überrascht. Ich dachte nur, wo ich gelandet bin und hatte keine Ahnung was mich erwartet. Insgesamt fühle ich mich in meinem Beruf aber ganz gut, da es sehr abwechslungsreich ist. Die Arbeit macht mir Spaß, aber sicher gibt es auch stressige Momente.

Wie ist die Stimmung hier?
Die Stimmung hier ist relativ gut und gelöst, meist auch entspannt. Die Flüchtlinge verhalten sich überwiegend ruhig, aber manche sind manchmal auch aggressiver. Es entstehen natürlich auch mal Konflikte, aber nicht zu häufig. Im Zweifelsfall muss auch mal der Hausmeister eingreifen. Gegebenenfalls gibt es eine individuelle psychosoziale Beratung und Therapie. Viele haben ja schlimme Erfahrungen gemacht. Diese Geschichten treffen mich natürlich auch, und in den meisten Fällen machen sie mich betroffen. Aber da ich im sozialen Bereich arbeite, muss ich mich damit abfinden und darf nicht zu viel darauf eingehen.

Wie ist ein Tagesablauf in Ihrer Arbeit?
Es gibt keinen festen Tagesablauf, jeden Moment kann eine andere Arbeit anstehen. Ansonsten regele ich die Bestellungen vom Essen, kümmere mich um die Hausstruktur, oder wenn jemand krank wird, organisieren wir die Betreuung durch einen Hausarzt. Außerdem gibt es immer sehr viel zu organisieren und zu verwalten, auch muss man sehr oft Telefonate mit der Behörde führen.

Wie viele Flüchtlinge können Sie maximal im Notfall aufnehmen?
Wir können normalerweise maximal 180 Flüchtlinge aufnehmen, aber glücklicherweise haben wir Flächen dazu gekriegt, somit können wir bis zu 270 – 300 Flüchtlinge aufnehmen. Es gibt eindeutig mehr Erwachsene mit ca. 85% und 15% Kinder. Meistens kommen alleinstehende Männer und Frauen mit Kindern.

Wie genau wird ein Flüchtling aufgenommen?
Erstmal bekommt er eine Karteikarte angelegt, danach wird ein Zimmer zugeteilt, inklusive einem Hygienepaket, eine Liste mit den Hausregeln wird ihnen ebenfalls überreicht.

Was machen die Flüchtlinge in ihrer Freizeit?
Die meisten schlafen in ihrer Freizeit oder gehen spazieren. Zudem besuchen sie auch einen Sprachkurs. Die meisten sind mit Telefonen vernetzt und haben einen Internetzugang. Manche besuchen auch Freunde und Bekannte in anderen Städten, aber nur mit Erlaubnis vom Bundesamt.

Wie verständigen Sie sich mit den Flüchtlingen?
Wir haben Kollegen, die französisch, russisch und türkisch sprechen. Außerdem haben wir im Haus noch zwei Dolmetscher.

Die Flüchtlinge brachten sogar die Fußballprofis sichtlich ins Schwitzen.

Siegerehrung des ersten Obervieländer Weltpokals

Erster Obervieländer Fußball-Weltpokal

Im Februar war es endlich soweit. Unser Kurs hat ein schon lange geplantes Projekt verwirklicht: Ein Fußballturnier mit Flüchtlingen.

von Quentin Emde

Die Jugendlichen aus der ZAST (Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge) in Habenhausen sind ohne Eltern nach Deutschland geflüchtet. Sie liefen wochenlang durch die Wüste, fuhren auf Schiffen übers Meer und warteten wochenlang unter niedrigsten Lebensstandards auf Einreiseerlaubnisse und Plätze in Flüchtlingsheimen. Wir kannten uns ja schon von der Weihnachtsfeier, veranstalteten ein gemeinsames Training mit den 15-19 Jährigen und organisierten den Obervieländer Weltpokal.

Sieben Teams der neunten Klasse und der E-Phase und zwei Flüchtlingsteams bildeten ein buntes Teilnehmerfeld. Publikum kam reichlich und die Sporthalle war voll. In den jeweils zehnminütigen Spielen gaben die Spieler alles und hatten sichtlich viel Spaß dabei. Unterhaltsam war dabei besonders die Verständigung der Flüchtlinge mit den deutschen Kindern. Über Arme und Beine wurden Spielzüge erklärt und mit Wortfetzen verschiedener Sprachen das Spiel geregelt. Am Ende konnten sich zwei Flüchtlingsteams und eine Mannschaft des Fußballprofils, die Los Papas durchsetzen. In einem spannenden Duell konnten die Los Papas das Spiel für sich entschieden und gewannen das Turnier. Überwiegend spielten alle Mannschaften fair.

Die Austragung des Turniers hat sich echt gelohnt und die Flüchtlinge brachten sogar die Fußballprofis sichtlich ins Schwitzen. Es gibt viele Vorurteile gegenüber Flüchtlingen und Immigranten. Wenn man einen von ihnen jedoch vor sich stehen hat und ihn ansieht, merkt man, dass er genauso viel wert ist wie man selbst. Wenn man mit oder gegen jemanden Fußball spielt, ist es plötzlich egal, welche Sprache er spricht oder welche Hautfarbe er hat. Uns ist aufgefallen, dass wir Hemmschwellen und Vorurteile losgeworden sind.

Das Turnier und das Projekt mit den Flüchtlingen insgesamt hat uns, dem Menschenrechtskurs, echt Spaß gemacht, es war etwas wirklich Neues und Interessantes für uns alle und wir werden bald wieder etwas planen und umsetzen.

Werder gegen den VFB Stuttgart – Flüchtlingsjugendliche und der WP-Kurs im Weserstadion

Am 15.03 2014 sind wir, der WP-Kurs Menschenrechte, mit unserer Partnerklasse unbegleiteter Flüchtlingsjugendlicher im Weserstadion gewesen.

von Jordan Obey, Hussein Maatouk und Yannick Rosebrock

Es stand das Spiel gegen den VFB-Stuttgart an – ein 6-Punkte-Spiel gegen den Abstieg. Karten bekamen wir von unserer Schule und von Werder Bremen als Spende. Wir trafen uns am Brommiplatz. Auch die Flüchtlingsjugendlichen hatten Schals oder Trikots – wir waren gut drauf. Aber bevor es ins Stadion ging, mussten wir als erstes ausmachen, wer wo hingeht. Es gab nämlich nicht für alle Plätze in der beliebten Ostkurve. Die anderen mussten oben auf den Oberrang, wo es nur Plätze mit eingeschränkter Sicht gab. Wir haben gelost, was ein bisschen hektisch war. Als alle aber ihre Plätze hatten und das Spiel verfolgen konnten, wurde es ein super Nachmittag.

Werder spielte nur 1:1, aber es hätte schlimmer kommen können. Erst verschoss Harnik einen Elfmeter für den VFB und kurz vor Schluss erst rettete Hunt mit einem schönen Freistoßtor den einen Punkt. Werder ist nicht abgestiegen – und das wird auch nie geschehen, da waren wir uns alle sicher.

Rechte Demonstration in Schneeberg

Hellersdorf und Schneeberg – Anwohner und Neonazis machen gegen Flüchtlinge mobil

Seitdem im vergangenen Jahr verstärkt über die Aufnahme von Flüchtlingen diskutiert wurde, gab es in vielen Städten viel Aufregung.

von Jannik Busch und Jill Schneider

Anwohner machten gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte mobil, organisierten Proteste, Unterschriftenlisten und vieles mehr. Unterstützt wurden sie dabei auch von der NPD und Neonazis, die die Stimmung ausnutzen wollten. Berlin-Hellersdorf und Schneeberg in Sachsen waren Beispiel unter vielen. Auch in Obervieland gab es ähnliche Aktionen, wenngleich nicht so heftig. Aber auch die andere Seite wurde immer aktiver: Viele Bürger zeigten sich solidarisch mit den Flüchtlingen.

Hellersdorf
August 2013: Die Bilder aus Hellersdorf schockierten. Flüchtlinge, gerade in Deutschland angekommen, wurden vor der Notunterkunft – einer ehemaligen Schule – von pöbelnden Anwohnern und rechten Aktivisten empfangen. An den Laternen hängten Plakate der NPD mit dem Text „Guten Heimflug“. Ein Sechzehnjähriger rief: „Das wird nur noch Stress geben mit den Ausländern, die glauben doch, sie können sich in Deutschland alles erlauben.“ Über Facebook organisierten die Berliner Gegendemonstrationen gegen Nazis, sammelten Geld und kistenweise Sachspenden, unter anderem Spiel- und Schulsachen. Aus der Notunterkunft wurde ein gut bewohnbares Zuhause für die Flüchtlinge, ein Rückzugsort mit abgeschlossenen Wohnungen inklusive Küche und Bad. „Gerade für traumatisierte Menschen ist diese Privatsphäre sehr wichtig“, sagt Martina Wohlrabe (50), die Heimleiterin in Hellersdorf. Neben den Räumlichkeiten hat sich auch die Stimmung im Stadtteil verbessert. Heute helfen viele Anwohner den Heimbewohnern beim Deutsch lernen. „Die Menschen haben schnell gemerkt: Ihr Leben verschlechtert sich durch die Anwesenheit der Flüchtlinge nicht“, sagt Stefan Komoß (SPD), Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf.

Schneeberg
Die Situation im erzgebirgischen Schneeberg ist anders. Ähnlich wie in Hellersdorf waren es zunächst ‚normale‘ Bürger, die Proteste organisierten. Angst und Misstrauen wurden deutlich. „Sie könnten uns beklauen“ war eine der meist gesagten Befürchtungen. Aber auch Krankheiten und Verbrechen könnten zunehmen. Diese Stimmung nutzten neonazistische Gruppen aus und organisierten einen Protestmarsch, den sogenannten „Lichtellauf“. 1800 Menschen demonstrierten in dem Städtchen mit Fackeln und Transparenten gegen die Flüchtlinge. Man bezog sich auf einen Vorfall, den es im bereits bestehenden Flüchtlingsheim in Chemnitz gab. Tschetschenen und Nordafrikaner hatten eine Auseinandersetzung, bei der es 21 Verletzte gab. „Die Sorgen wegen einer Wiederholung seien aber unbegründet“, so die Oberbürgermeisterin von Chemnitz. Erschreckender noch als die Unterstützung für die Neonazis war aber für viele, dass es nur vereinzelt Menschen gab, die gegen den Aufmarsch protestierten.

Stichwort „Neonazismus“

Neonazismus ist die Wiederaufnahme nationalsozialistischen Gedankenguts nach dem Ende der NS-Diktatur. Vertreter des Neonazismus werden **Neonazis** genannt; der Begriff steht im Gegensatz zu Altnazis, den ursprünglichen Trägern der nationalsozialistischen Ideologie.

Freie Kameradschaften
Organisiert sind sie u.a. in einem Netzwerk sogenannter ‚freier Kameradschaften‘. Zu Propagandazwecken werden viele verschiedene Medien genutzt: Ob Printmedien, Internet oder social networks.

Vor allem aber auch in Schulen und Jugendzentren versuchen die Neonazis junge Menschen anzuwerben. Der erste Kontakt zur Szene geschieht meist über die Musik der Neonazis. Diese kann teils sehr balladenhaft sein (Frank Rennicke), meist ist sie jedoch aggressiv. Ursprünglich kommt der Rechtsrock aus England, seit den 1980er-Jahren steigt die Zahl der Neonazi-Bands auch in Deutschland stetig an. Seit Ende der 1990er-Jahre erkennt die Szene das Rekrutierungspotential, das in der Musik liegt. Bekannte Bands nennen sich Sturmwehr, Störkraft, Kraftschlag, Landser, Zillertaler Türkenjäger, Endstufe, Stahlgewitter, Oidoxie oder Noie Werte. Es gibt jährlich Hunderte illegaler Konzerte. Per Mobiltelefon geben die Veranstalter die Orte der Konzerte erst in letzter Minute an die Besucher weiter. Diese stehen untereinander in Kontakt und werden dann dorthin gelotst. Vorab ist nur der ungefähre Standort bekannt, so dass sich alle in unmittelbarer Nähe befinden.

Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)
Das krasseste Beispiel neonazistischer Organisierung ist die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Sie ermordete seit 2000 mindestens 10 Menschen mit Migrationshintergrund und verübte zwei Bombenanschläge. Im Herbst 2011 flogen sie dann durch Zufall auf, und zwei der Terroristen kamen unter bis heute nicht völlig geklärten Umständen ums Leben, der Prozess gegen Beate Zschäpe ist noch nicht abgeschlossen.

Skandalös ist aber vor allem das Versagen des bundesdeutschen Sicherheitsapparats: Aufgrund einer Kette von Ermittlungspannen von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Polizei wurde – trotz vielfacher Indizien – niemals der Spur des Neonazi-Terrors nachgegangen. Stattdessen wurde sehr schnell der Verdacht geäußert, es handele sich um Morde in kriminellen Milieus der Migranten. Die Opfer waren nicht nur Opfer, sondern nun auch Tatverdächtige. Der Begriff „Döner-Morde“ wurde verbreitet, 2011 wurde er zum Unwort des Jahres 2011 gekürt.

Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD)
Die NPD möchte sich als ‚normale Partei‘ darstellen. Sie gibt sich volksnah und zielt auf lokale Verankerung. Insbesondere in Ostdeutschland ist sie in vielen Stadt- und Länderparlamenten vertreten. „Nicht gegen Menschen, sondern das politische System des Asylmissbrauchs“ lautet die Überschrift eines aktuellen Beitrags der NPD auf ihrer Website. Auch alle anderen gängigen Vorurteile findet man dort: „Asylbewerber können schwere Erkrankungen nach Deutschland bringen“ und „Asylbewerber stehlen und randalieren in den Nachbarschaften“ heißt es dort. Auch demonstriert die NPD für extra ‚Ghettos‘, die außerhalb der Städte liegen, in denen Asylbewerber untergebracht werden sollen. Aber es gib nicht nur die ‚smarten Politiker‘ der NPD. Es gibt sehr viele direkte Verbindungen zu den freien Kameradschaften – es ist eine Art Arbeitsteilung: Die einen handeln offen illegal, die anderen geben sich möglichst legal und demokratisch. Seit Jahrzehnten gibt es die Diskussion, die Partei aufgrund ihres aggressiven Auftretens gegen die demokratische Grundordnung zu verbieten.

Alltag vor der italienischen Küste

In den letzten zwei Jahrzehnten sind mindestens 20.000 Menschen alleine vor der Küste Italiens ertrunken.

Fluchtschicksale

Menschen, die flüchten müssen oder vertrieben werden, verlassen ihre Heimat, Freunde, Familie, um zu überleben. Was sind ihre Schicksale? Welche tiefgreifenden Veränderungen bedeuten das Verlassen des Landes für die Betroffenen? Wir haben einige Geschichten recherchiert, damit dieses Thema eine breitere Öffentlichkeit auch hier in Obervieland erreichen kann.

von Sabrina Kolinko

Verdurstet in der Sahara
Ihre Flucht aus der Armut endet brutal im Sand der nigrischen Sahara. Im Oktober 2013 wurden 93 Leichen gefunden, davon 48 Kinder, verdurstet, in kleinen Gruppen. Sie wollten wahrscheinlich nach Algerien und dann weiter nach Europa. Der LKW eines Schleppers hatte eine Panne, Hilfe kam nicht. Die Flüchtlinge versuchten zu Fuß bei über 50 Grad die nächste Wasserquelle zu finden. Ihre Leichen wurden im Umkreis von 20 Kilometern gefunden, manche Mütter zusammengekauert um ihre Kinder.

Niger zählt zu den ärmsten Staaten der Welt, ein Großteil der Bevölkerung leidet Hunger. Fortschreitende Verwüstung durch den Klimawandel, aber auch Land-Grabbing (Landraub) und auch die große ausländische Konkurrenz lassen vielen Menschen kaum Chancen genug Nahrung zu bekommen.

Überleben Glückssache – Ertrinken im Mittelmeer
In den letzten zwei Jahrzehnten sind mindestens 20.000 Menschen alleine vor der Küste Italiens ertrunken – andere Quellen berichten von 40.000. Die Dunkelziffer ist enorm, schließlich verschwinden die Menschen, sie haben nur selten Papiere – wer sollte nach ihnen suchen, und wo?

Im Oktober 2013 ereignete sich der folgende Vorfall – einer von hunderten, der dokumentiert ist. Ein völlig überfülltes und kaum seetaugliches Boot mit über 400 überwiegend syrischen Flüchtlingen startete in Libyen, wurde dort zunächst von einer Grenzpatrouille beschossen. Dann um 11 Uhr der Notruf: „Unser Boot sinkt, uns steht der Tod bevor, hier sind mehr als 100 Kinder an Bord. Bitte, helfen sie uns, bitte!“ Diese Worte sendete Dr. Mohamad Jammo per Satellitentelefon an die italienische Küstenwache und hoffte noch auf eine rechtzeitige Rettung. Auch nach zwei weiteren Notrufen und genauer Positionsangabe kam keine Reaktion von der italienischen Behörde.

Das Boot war zu dieser Uhrzeit etwa 100 km vor Lampedusa, und das einzige, was die italienische Behörde tat, war die Zuständigkeit auf Malta zu verweisen, das über 230 km entfernt liegt. Das Boot sank um 17 Uhr, erste Rettungskräfte trafen eine halbe Stunde später ein und bargen 196 Überlebende. Über 200 Menschen ertranken, darunter viele Kinder. Wenn nach dem ersten Notruf direkt Hilfe gekommen wäre, hätten alle Flüchtlinge überleben können.

Das Fluchtschicksal von Karim und Baran aus Afghanistan
Karim und Baran sind gerade einmal 17 Jahre alt und haben schon Unglaubliches erlebt. Sie waren vier und fünf Jahre alt, als ihr Vater, ein Arzt, und ihr Bruder von Taliban ermordet wurden. Um zu überleben flohen sie mit ihrer Mutter nach Pakistan. Für die Mutter bot sich dort über Verwandte die Gelegenheit, nach Europa zu kommen. Sie flog nach Deutschland und ließ ihre beiden Söhne allein zurück. Karim und Baran schlugen sich irgendwie zu ihrem Geburtsort Gazni durch. Dort kamen sie bei Verwandten unter. Schließlich organisierte ihnen ihr Onkel eine Chance, nach Deutschland zu fliehen. Die Reise sollte zu Fuß, auf Eseln, Lastwagen – für viel Geld organisiert von professionellen Schleppern – circa 6 Monate dauern.

Sie liefen zu Fuß durch das Gebirge zwischen Teheran und der Türkei und gelangten nach Istanbul und Izmir. Von Izmir starteten sie mit einem Schlauchboot aufs Mittelmeer und landeten auf der griechischen Insel Samos. Dort wurden sie in einem Auffanglager für Jugendliche festgehalten, bis sie von einem Afghanen ein Flugticket nach Athen erhielten. In Athen nahm sie ein weiterer Schlepper auf seinem Viehtransporter in Schweinekäfigen mit nach Italien. Als sie in Italien angekommen waren, wurden sie mitsamt den Käfigen vom Lastwagen abgeworfen. Dabei brach sich Baran einen Fuß und landete im Krankenhaus. Als er wieder gesund war, erhielten die beiden die Erlaubnis nach Deutschland einzureisen. Nach sechs Jahren konnten sie schließlich ihre Mutter wieder umarmen. Heute leben sie mit ihr zusammen und besuchen eine internationale Vorbereitungsklasse in Reutlingen. Dort erzählen sie ihre Geschichte für ein Radioprojekt. Sie wirken schüchtern, erzählen stockend, sind aber sichtlich froh und auch stolz, dass sich jemand für ihre Geschichte interessiert. Dennoch: Freunde zu finden sei ziemlich schwer.

Lampedusa: Flüchtlinge wie im ‚KZ‘ behandelt

Die Vorkommnisse im Flüchtlingslager der italienischen Insel Lampedusa lösten im Dezember 2013 eine Welle der Empörung aus.

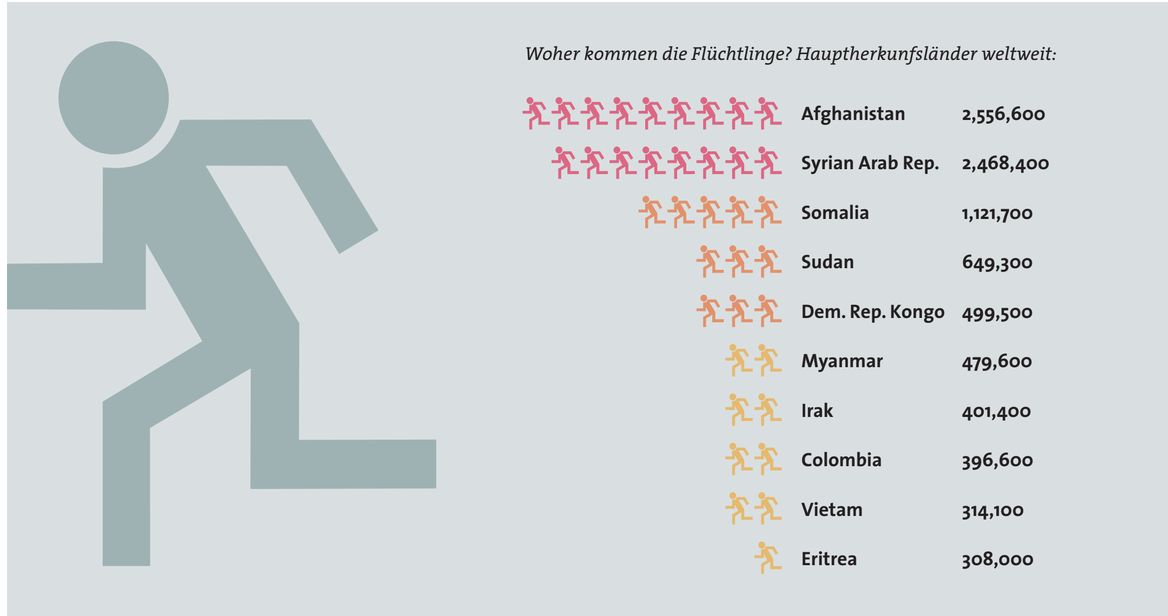
von Dennis Matveev, Melih Agildere und Jannik Busch

Die Vorkommnisse im Flüchtlingslager der italienischen Insel Lampedusa lösten im Dezember 2013 eine Welle der Empörung aus. Dort, wo seit Jahren schon die Zustände angesichts der großen Zahl von Flüchtlingen in der Kritik stehen, wurde ein Video aufgenommen, in dem gezeigt wurde, wie die Flüchtlinge bei einer (angeblichen?) Desinfektion behandelt werden. Es zeigt, wie die Flüchtlinge im Freien nackt vor allen hingestellt und mit einem Desinfektionsmittel besprüht wurden. Einer nach dem anderen wurde gezwungen sich auszuziehen, um gegen Krätze desinfiziert zu werden. Auch waren während dieser unmenschlichen und entwürdigenden Prozedur Beamte des Innenministeriums im Lager – eingeschritten wurde nicht.

Die Rechtfertigung der örtlichen Aufseher war, die Duschprozedur sei unvermeidlich, und wenn alle Flüchtlinge drinnen mit dem Desinfektionsmittel besprüht würden, könne man die Duschen für eine lange Zeit nicht mehr benutzen. Außerdem hätten die Flüchtlinge sich selbst ausgezogen, um gegen die lange Wartezeit zu protestieren. Aber nicht nur die Aussagen der Flüchtlinge stehen gegen diese Darstellung, auch beweist das Video, das in den Nachrichten ausgestrahlt wurde, das Gegenteil.

Guisi Nicolini, Lampedusas Bürgermeisterin, äußert sich zum wiederholten Male voller Wut über die haltlosen Zustände und fordert energisch eine tiefgreifende Veränderung der Zustände in dem Lager. Die Verhältnisse seien „wie im Konzentrationslager“, so die Bürgermeisterin. Auch die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström forderte, dass solche Vorfälle nie wieder passieren dürften. Außerdem will die EU Italien die Mittel für die Aufnahme von Flüchtlingen kürzen, wenn nicht bald menschenwürdige Bedingungen bei der Aufnahme von Asylsuchenden, Flüchtlingen und Migranten gewährleistet sind.

Das Flüchtlingslager hat schon öfters durch katastrophale Zustände für Aufsehen gesorgt. Es ist mit 700 Insassen auf 280 Plätzen deutlich überfüllt. Jedoch verdienen Betreiber sehr gut: Pro Flüchtling erhalten sie etwa 40€ täglich.



Die meisten Flüchtlinge kommen aus Südasien und Nordarabien

Flucht weltweit: Zahlen und Fakten

Rund 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht – das ist die höchste Zahl seit Ende des 2. Weltkrieges. Auch in Deutschland und der EU sind die Asylantragszahlen deutlich gestiegen. Eines sollte aber nicht vergessen werden: Europa ist weit davon entfernt, Hauptziel der Schutzsuchenden weltweit zu sein. Die meisten Flüchtlinge stranden in der Region.

von Quentin Mönnich

Dem UNHCR-Bericht »Global Trends« zufolge waren Ende 2012 weltweit bereits 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Mit den verschärften Konflikten im Nahen Osten ist diese Zahl mittlerweile auf über 50 Millionen gestiegen. 81 Prozent der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern. Ein Jahrzehnt zuvor waren es nur 70 Prozent, d.h. die Kluft zwischen ärmeren und reicheren Staaten bei der Flüchtlingsaufnahme wird immer breiter.

Hauptfluchtstaaten waren Afghanistan, Somalia, Irak, Syrien und der Sudan: 55 Prozent der Flüchtlinge kamen allein aus diesen fünf Staaten. Im Laufe des Jahres 2013 ist insbesondere die Zahl der Syrer/innen auf der Flucht noch einmal deutlich angestiegen, aber auch aus dem Sudan gab es 63.000 Flüchtlinge mehr als 2012. Das Beispiel Syrien zeigt, dass der Großteil der Flüchtlinge nicht nach Europa und nach Deutschland gelangt, sondern in der Herkunftsregion verbleibt. Zum Vergleich: Von Anfang 2011 bis März 2013 sind rund 30.000 Personen aus Syrien nach Deutschland eingereist, die Europäische Union erreichten insgesamt rund 90.000 syrische Flüchtlinge. In den Nachbarstaaten Syriens halten sich hingegen rund 2,6 Millionen Flüchtlinge auf (UNHCR, Stand März 2014).

In Syrien selbst zählt der UNHCR rund 6,5 Millionen Binnenvertriebene, also Flüchtlinge, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. Der Libanon beherbergt Anfang 2014 knapp eine Million syrischer Flüchtlinge, die Türkei hat rund 650.000, Jordanien 585.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, die binnen weniger Monate gekommen waren. Auch im Irak haben mit 225.000 syrischen Flüchtlingen doppelt so viele Flüchtlinge Schutz gesucht, wie Deutschland im letzten Jahr insgesamt an Asylsuchenden verzeichnet hat. Gleichzeitig sind in Folge des Kriegs auch zahlreiche irakische Flüchtlinge erneut vertrieben worden und aus ihrem bisherigen Zufluchtsland Syrien in ihr Herkunftsland zurückgekehrt, wo die Situation weiterhin sehr problematisch ist.

Vergleichsweise wenig Flüchtlinge kommen nach Deutschland
In Deutschland kommen also vergleichsweise wenige Flüchtlinge an. Hauptherkunftsland in Deutschland war im Jahr 2014 Syrien mit rund 28.500 Asylerstanträgen. Aber auch aus Serbien, Eritrea, Afghanistan, Albanien und Somalia kommen derzeit viele Menschen nach Deutschland. Die Zahl der Flüchtlinge aus der Russischen Föderation ist indes im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich gesunken. Allerdings bleibt hier die weitere Entwicklung des Ukraine-Konflikts abzuwarten.

Die hohe Zahl an Flüchtlingen aus den Balkan-Ländern überrascht nur vordergründig. Entgegen der weit verbreiteter Meinung fliehen etwa viele Roma aus Serbien (von dort insgesamt 13.174 Anträge bis Oktober 2014) und den Nachbarländern nicht nur aus bitterster Armut, sondern auch vor einer massiven Diskriminierung und Ausgrenzung, die existenzbedrohend ist. In Afghanistan (ca. 7.400 Flüchtlinge) fordern nach wie vor Anschläge, gezielte Verfolgungen und Machtkämpfe unzählige zivile Opfer – dies wird sich mit dem geplanten Abzug ausländischer Truppen im kommenden Jahr, die nach über zehn Jahren Kampfeinsatz kaum zu einer wirklichen Befriedung und Entwicklung des Landes beitragen konnten, wahrscheinlich wieder erhöhen. Aus Eritrea versuchen immer mehr Menschen der Militärdiktatur zu entkommen. Auch die Zahl der Flüchtlinge aus dem »zerfallenen Staat« Somalia, der zum großen Teil von brutalen Warlords beherrscht wird, steigt wieder an (ca. 5000 Flüchtlinge).

Schlepper

Schlepper nennt man Menschen, die in Banden organisiert sind und illegal Menschen „schmuggeln“. Bei den Menschen handelt es sich in der Regel um Flüchtlinge, die aus Bürgerkriegsgebieten kommen oder auch aus sehr armen Ländern, in denen sie zumeist der Verelendung bzw. der absoluten Armut entfliehen wollen. Den Schleppern wird sehr viel Geld dafür bezahlt, dass sie die Flüchtlinge in ein sicheres Industrieland bringen. Das Schleppen von Menschen erfordert ein weitreichendes, komplexes Netzwerk, das viele Tätigkeiten umfasst: Angefangen von der Fälschung von Dokumenten und dem Verkauf gefälschter Papiere bis hin zum Transport der Menschen.

Die Reisen der Flüchtlinge sind meist extrem strapaziös, gefährlich und nicht selten tödlich. Die Menschen werden in lichtundurchlässigen Containern, seeuntüchtigen Schiffen oder Stauräumen von Lastwagen eingepfercht. In ihren Zielländern erfüllen sich die Hoffnungen auf ein besseres Leben nur selten. Oft müssen sie noch Jahre nach ihrer Ankunft die Reise abbezahlen oder – im Fall von jungen Frauen – werden sie zur Prostitution gezwungen. Viele werden aber auch aufgrund ihrer formell illegalen Einreise von den örtlichen Behörden wieder abgeschoben.

Die Aussage des Familienvaters Abdisalan Omar ist beispielhaft: „Ich habe für meine beiden Söhne 2000 Dollar (1470 Euro) für den Weg nach Libyen bezahlt, sie brauchen nun 4000 Dollar (2940 Euro) für die Bootsfahrt nach Italien,“ berichtet Omar in der Hauptstadt Somalias, wo Bürgerkrieg und Terror der islamistischen Al -Shabab Miliz Millionen Menschen in die Flucht getrieben haben – im Land selbst oder in die Flüchtlingslager im benachbarten Kenia. „Es wird nicht leicht für meine Söhne, aber hier mit all der Gewalt und Arbeitslosigkeit hätten sie keine Chance.“

In vielen Ländern Afrikas verkaufen Menschen alles, was sie haben, um kriminellen Schleuserbanden für ihre Verhältnisse hohe Summen für den Weg nach Europa zu bezahlen. Häufig werden die gesamten Ersparnisse einer Familie eingesetzt, um einem einzigen Familienmitglied die Flucht zu ermöglichen. Schlepperbanden sind modernen Sklavenhändlern nicht unähnlich. Ihre Tätigkeit gehört zu den skrupellosesten und brutalsten im Bereich der organisierten Kriminalität.

Hadi Taha und Hussein Maatouk

Flüchtlingscamp in Aleppo, Syrien

Bürgerkrieg in Syrien und im Irak

Ausgelöst durch den sogenannten „Arabischen Frühling“ gingen ab März 2011 auch in Syrien viele Menschen für politische Reformen auf die Straßen. Die ursprüngliche Motivation der Opposition, die Demokratisierung Syriens zu erreichen, spielt seitdem nur noch eine geringe Rolle – der Kampf aus religiösen und ethnischen Gründen trat in den Vordergrund.

von Can Celik, Ravi Kant Sharma und Mohammed Bakirci

Zunächst forderten die Menschen demokratische Reformen des Regimes des Präsidenten Assad, das seit 1962 an der Macht ist. In dieser Zeit wurden immer mehr Soldaten der regulären Armee fahnenflüchtig: Es entstanden viele bewaffnete Widerstandsgruppen, die sich Ende Juli 2011 in der FSA (Freie syrische Armee) zusammenschlossen. Die FSA war am Anfang noch an den Bürgerkriegsfronten zersplittert. Dennoch gewannen sie die Kontrolle über einige Gebiete. Allerdings gelang es der FSA nicht, diese Gebiete dauerhaft zu kontrollieren. In diese Lücke stießen syrische Kurden und Al-Qaida nahe Dschihadisten, die nun verstärkt auf eigene Rechnung gegen die Rebellen der FSA handelten. In Folge kamen immer mehr überwiegend islamistische ausländische Söldner nach Syrien. Es formierten sich immer mehr Verbände der islamistischen ISIS, die nunmehr einen Groß-Syrischen Gottesstaat errichten wollen und von verschiedenen ausländischen Kräften mit viel Geld und modernsten Waffen versorgt wurden.

Präsident Assad versucht in dieser unübersichtlichen Situation mit aller Kraft die Macht zu erhalten – im August 2013 setzte er offenbar sogar Giftgas ein. Die Vereinten Nationen blieben dabei untätig – wegen der Blockade von Syriens Verbündetem Russland und der zögerlichen Haltung von China. Seit dem mutmaßlichen Giftgasangriff im August 2013 spitzte sich die Lage noch mehr zu, die USA erwogen Militärschläge gegen Assad. Allerdings wurde die Situation immer unübersichtlicher.

Mittlerweile ist der Konflikt auf den Irak übergegriffen, der seit dem Krieg gegen Saddam Hussein immer weiter – verstärkt durch den Abzug der US-Truppen 2011 – destabilisiert wurde. Die ISIS-Verbände vertrieben vielerorts die reguläre Armee und rückten im Juni 2014 bis kurz vor Bagdad und im Oktober bis an die türkische Grenze vor. Dabei gingen sie mit unglaublicher Brutalität auch gerade gegen die Zivilbevölkerung und v.a. Andersdenkende und –gläubige vor, Massenerschießungen und Enthauptungen sind an der Tagesordnung. Lediglich schlecht ausgerüstete kurdische Kämpfer scheinen sich ihnen entgegenzustellen. Diese wurden nach und nach mit Waffen und durch Luftschläge unterstützt – insbesondere der Kampf um die Stadt Kobane war erbittert.

Beobachter schätzen, dass allein in Syrien bis April 2014 mindestens 150.000 Menschen getötet wurden. Rund 2,6 Millionen Syrer flohen aus ihrem Land und mehr als 9 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Flucht. Die UNO bezeichnete die Flüchtlingskrise als die schlimmste seit dem Völkermord in Ruanda in den 1990er Jahren. Doch vielleicht ist das erst der Anfang: Eine Zuspitzung der Flüchtlingskatastrophe bahnt sich angesichts der jüngsten Entwicklungen an.

Es ist offensichtlich, dass auch der Westen und andere Großmächte wie Russland eine große Verantwortung an dieser Entwicklung tragen. Angefangen bei den willkürlichen Grenzziehungen der ehemaligen Kolonialstaaten, über die knallharte Interessenpolitik im Kalten Krieg, bis hin zu den Irak-Kriegen, den Rohstoffinteressen und den Folterskandalen. Offenbar gab und gibt es kein Konzept einer Nachkriegsordnung. Hinterlassen wurde erneut ein Trümmerfeld, ohne auch das Problem der Armut anzugehen – wen wundert es da eigentlich, dass Extremisten Einfluss gewinnen.

Wie viele Syrer sind auf der Flucht?

Mitte 2014 sind ca. 9,3 Millionen Syrer auf der Flucht. Das ist fast die Hälfte der Bevölkerung von rund 21 Millionen. Das UN-Flüchtlingswerk spricht von etwa 2,8 Millionen Syrer, die ins Ausland geflohen sind. Die meisten davon haben in den Nachbarländern Zuflucht gefunden: Knapp 1,1 Millionen syrische Flüchtlinge leben zur Zeit im Libanon – bei einer Einwohnerzahl von 4,4 Millionen Menschen. Etwa 775.000 sind in die Türkei geflüchtet, knapp 600.000 nach Jordanien und etwa 225.000 in den Irak. Etwa 138.000 Flüchtlinge haben sich nach Ägypten durchgeschlagen. Zudem sind Schätzungen zufolge weit mehr als 6,5 Millionen Syrer Vertriebene im eigenen Land.

Im Vergleich dazu ist das Engagement Europas bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge gering: Zwar nimmt Deutschland innerhalb Europas die meisten Flüchtlinge auf. In Anbetracht der Flüchtlingszahlen wirkt das bislang zugesagte Kontingent von 20.000 syrischen Flüchtlingen durch Bund und Länderprogramme geradezu beschämend.

Familien lösen Gewürze in Wasser auf, um ihren Kindern eine Art Suppe servieren zu können.

Situation der Flüchtlinge

Der vergangene Winter verschlimmerte die Situation der syrischen Flüchtlinge dramatisch. Kinder sind besonders betroffen. „Viele Flüchtlinge haben nur das, was sie am Leib tragen“, erklärte der Pressesprecher der SOS-Kinderdörfer weltweit, Louay Yassin, in München. „Viele Flüchtlinge vegetieren in Zelten aus Lumpen oder in den Ruinen zerstörter Häusern. Sehr viele Kinder sind unterernährt, nun kommen auch noch die Kälte und der Schnee hinzu. Es ist zu befürchten, dass viele Kinder die nächsten Wochen nicht überleben werden, wenn nicht schnell gehandelt wird.“ In einem Appell forderten die SOS-Kinderdörfer weltweit alle Seiten in Syrien auf, die Hilfsorganisationen zu den Flüchtlingen gelangen zu lassen.

Dass dies oft nicht geschieht, zeigt das Beispiel des palästinensischen Flüchtlingslagers Jarmuk in der syrischen Hauptstadt Damaskus, das von der syrischen Armee eingekesselt wurde. Von September bis Januar kamen keine Hilfslieferungen an die mindesten 20.000 dort eingeschlossenen Menschen, so der Sprecher des UNHRW Chris Guness. warnte damals vor einer dramatischen Verschlechterung der Lage in dem Lager. Die anhaltende Präsenz bewaffneter Gruppen und die Blockade durch Regierungstruppen durchkreuze alle humanitären Bemühungen, sagte er.

So müssen immer wieder mit Nahrungsmittel und Medizin beladene Lastwagen der UN umkehren, weil sie unter Beschuss gerieten, wie ein Anwohner erzählte. Familien lösten mittlerweile Gewürze in Wasser auf, um ihren Kindern eine Art Suppe servieren zu können. Eine verzweifelte Mutter riskierte ihr Leben, als sie in ein nahe dem Camp gelegenes Feld kroch, das von syrischen Heckenschützen umgeben war. Dort wollte sie Kräuter für ihre Kinder sammeln. Sie wurde in Hand und Bein getroffen. „Für ein paar Kräuter – um uns vor dem Tod zu retten“, sagte sie in einem Video, das Aktivisten ins Internet stellten. Andere aßen bereits vor lauter Verzweiflung Tierfutter und bekamen postwendend eine Lebensmittelvergiftung. „Die Kinder schreien vor Hunger, das Krankenhaus hat keine Medizin“, sagte eine 27 Jahre alte Mutter zweier kleiner Kinder. „Es gibt hier in Jarmuk keine Menschen mehr, nur noch Skelette mit gelber Haut.“ Erste Menschen nahmen sich aus Verzweiflung das Leben, wie der Teenager Masen al-Asali. Er hängte sich im Dezember auf, nachdem er ohne Lebensmittel für seine verhungernde Mutter nach Hause gekommen war.

Zwar sterben die meisten Menschen in Jarmuk durch Kampfhandlungen, hinzu kamen aber allein zwischen Mitte Dezember und Mitte Januar mindestens 39 Hungertote – die Dunkelziffer dürfte viel höher sein. Und es handelt sich hier nur um ein Beispiel von vielen, das in die Öffentlichkeit gekommen ist. Schätzungen zufolge waren im Winter 2013/14 insgesamt ca. 250.000 Menschen in Syrien eingekesselt und von Hilfslieferungen abgeschnitten.

Der nächste Winter steht vor der Tür – und alles ist noch schlimmer!

Asylgesetz in Deutschland Umzingelt von ‚sicheren Drittstaaten‘

2012 wurden 77.500 Anträge auf Asyl in Deutschland gestellt, aber nur 17.140 gewährt. Aber warum wurden nicht mehr Anträge angenommen? Schließlich steht im §16 des Grundgesetzes kurz und bündig „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

von Sabrina Kolinko

Grund dafür ist unter anderem die sogenannte Drittstaatenregelung, die 1994 vom Bundestag beschlossen wurde. Bei Ländern, wo man sich nicht sicher ist, ob sie sicher sind (sogenannte sonstige Drittstaaten), findet immerhin eine Überprüfung dahin gehend statt, ob die Asylsuchenden im Drittstaat tatsächlich sicher waren. Wenn sie dies nach behördlicher Meinung waren, werden die Asylsuchenden dorthin abgeschoben.

Reist ein Asylbewerber indes über einen sicheren Drittstaat ein – dazu zählen die EU-Mitgliedstaten sowie Norwegen, die Schweiz und einige andere Länder – können sich Asylsuchende von vornherein nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen. Für EU Länder gilt seit 2003 (Dublin II Abkommen), dass Flüchtlinge nur in dem EU-Land einen Asylantrag stellen dürfen, in das sie zuerst eingereist sind. Diese umstrittene Regelung führte in Deutschland dazu, dass viele Asylanträge sehr schnell erledigt werden. Ist der Flüchtling bereits in einem anderen EU-Staat registriert, schickt man ihn umgehend dorthin zurück.

Von vielen wurde dieses Gesetz von 1994 sowie das EU Abkommen von 2003 als faktische Abschaffung des Asylrechts bezeichnet wurde: Schließlich ist Deutschland nur von sicheren Drittstaaten ‚umzingelt‘, und nur sehr wenige Flüchtlinge haben die Möglichkeit – etwa mit gefälschten Papieren – nach Deutschland zu fliegen. Aber selbst die Abschiebung in sichere Drittstaaten ist oft der Beginn einer Odyssee, an deren Ende oftmals die Abschiebung in unsichere Länder steht.

Kettenabschiebungen bis zum Fluchtort

Eine häufige Folge des Asylverfahrens sind sogenannte Kettenabschiebungen von Einreiseland zu Einreisland – das gilt sogar für ‚sichere Drittstaaten‘. So bestimmen alle Länder die Liste sicherer Drittstaaten selbst und dies z.T. unterschiedlich. Sogar der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen lehnt derartige Listen ab, weil jeder Fall individuell zu prüfen sei und Flüchtlingen eben Kettenabschiebungen bis in einen unsicheren Staat oder gar das Herkunftsland drohe.

Viele Beispiele dieser Art sind dokumentiert, so etwa das des fünfundzwanzigjährigen iranischen Flüchtlings Ehsan Abri. Dieser ist über Ungarn nach Deutschland eingereist. Er sollte direkt von der Bundespolizei nach Ungarn rücküberführt werden. Ungarn hat jedoch nicht nur miserable Bedingungen für Asylsuchende, sondern schiebt auch regelmäßig in den Iran ab. Im Iran war Ehsan als Mitglied der kommunistischen Partei bereits inhaftiert, durch eine Abschiebung in das Land würde ihm die Todesstrafe drohen. Nach großem öffentlichem Druck und andauernder Abschiebeandrohung wurde im Juli 2013 beschlossen, dass Abri ein Asylverfahren in Deutschland bekommt – eine Ausnahme.

Gegendemonstration in Hellersdorf

Bruttoinlandsprodukt und Flüchtlingszahl – Eine beschämende Statistik für die reichen Länder

Sehr häufig wird als Argument gegen eine Aufnahme von Flüchtlingen das Argument angeführt, man habe nicht genügend Geld, um die Kapazitäten zu erweitern. Das haben wir genauer recherchiert und eine Tabelle erstellt, anhand derer man dieses Argument beurteilen kann.

von Quentin Mönich

Die Zahl in der rechten Spalte zeigt an, wie viele Flüchtlinge pro Milliarde des Bruttoinlandproduktes des jeweiligen Landes aufgenommen wurden. Die aufgelisteten Länder dienen als Beispiele. Die Auswahl von wohlhabenden Industrie-, aufstrebenden Schwellenländer und armen Ländern – z.T. in Krisenregionen – liefert, so unsere Absicht, einen Eindruck über die jeweiligen Anstrengungen. Die Tabelle verdeutlicht, dass vor allem ärmere Staaten in Krisenregionen wie Kenia, Iran und Pakistan besonders viele Flüchtlinge im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft aufnehmen. Auch wenn Flüchtlingslager häufig von Hilfsorganisationen mitfinanziert werden, ist diese Aufnahmequote doch erstaunlich. Man fragt sich, wie diese Länder das schaffen.

Die Quoten der Industrieländer ist damit unvergleichbar. Nimmt man als Beispiel Schweden, das unter diesen Ländern sogar am meisten Flüchtlinge aufnimmt, so sind dies nur ca. 10% der Aufnahmequote des Iran, und sogar nur 1,75% im Vergleich zu Kenia. Besonders schlecht schnitt die USA ab. Die größte Volkswirtschaft der Welt nimmt nach unserer Berechnung sogar nur 0,136% Flüchtlinge im Vergleich zu Kenia auf.

So lassen sich zwei Folgerungen schließen: Erstens ist das Engagement der Industrieländer angesichts der Wirtschaftskraft sehr überschaubar, zweitens scheinen die meisten Flüchtlinge ohnehin die Krisenregionen nicht zu verlassen.

Anzahl aufgenommener Flüchtlinge pro Milliarde des BIP (Stand 2013)
Eigene Berechnungen von Quentin Mönnich

USA	17	Schweden	218
China	37	Türkei	324
Russland	64	Iran	2237
Frankreich	98	Pakistan	6928
Deutschland	176	Kenia	12553

Asyl in Deutschland: Zahlen und Fakten

Im Jahr 2013 wurden 109.580 Asylerstanträge in Deutschland gestellt – ein Anstieg um rund 30.000 im Vergleich zum Vorjahr. Bereits 2012 waren die Anträge deutlich angestiegen. Es besteht aber kein Grund zur Dramatisierung, denn mit Schwankungen in der Zahl der ankommenden Flüchtlinge ist im Kontext der weltpolitischen Lage immer zu rechnen. Insofern kam der erneute Anstieg der Flüchtlingszahlen nicht aus heiterem Himmel. Nicht nur der Krieg in Syrien treibt viele Menschen in die Flucht, auch in Ländern wie Afghanistan oder Irak bricht immer wieder Gewalt aus. Zudem gibt es die unzähligen Menschen, die sich aus dem subsaharischen Afrika aufgrund wachsender extremer Armut auf den Weg in das gelobte Land Europa aufmachen.

Von den Höchstständen der frühen 1990er Jahre sind die aktuellen Zahlen in Deutschland trotz des Anstiegs noch weit entfernt. Mit einer vorausschauenden Politik wäre es für Länder und Kommunen in einem reichen Land wie Deutschland unproblematisch, im Laufe eines Jahres 110.000 Asylsuchende im Bundesgebiet angemessen unterzubringen.

Abschiebung – eine Kritik

Häufig wird gesagt: „Wir würden euch gerne Helfen, doch da gibt es diese Gesetze...“, die Gesetze der Drittstaatenregelung. Die meisten syrischen Flüchtlinge erreichen die EU über die Küste Italiens. Und dort ist eben Italien für diese zuständig. Einige schlagen sich bis Deutschland durch, doch dort wird ihnen mit der Abschiebung gedroht. Jedoch legt Artikel 3 der Dublin-II-Verordnung fest, der Bund könne die Verfahren durchaus von Italien nach Deutschland ziehen. Paragraph 23 im Aufenthaltsgesetz ermöglicht es, Flüchtlingen aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis zu gewähren. So einfach könnte es gehen – schon hat man Flüchtlinge aufgenommen; und tatsächlich wurden so bereits in 200 Verfahren Abschiebungen nach Italien verhindert, da andernfalls eine ‚unmenschliche Behandlung‘ drohte. Weder die Abschiebung noch das Erteilen der Aufenthaltserlaubnis sind also ‚illegal‘. Also warum Menschen, die ein klein wenig Hilfe benötigen, abschieben? Noch dazu sind viele Menschen, die es über das Mittelmeer schaffen, gut ausgebildet. Unter ihnen können Handwerker, Ingenieure, etc. sein; Arbeitskräfte, die eine neue Lebensgrundlage gebrauchen können. Solche Menschen erkennt man nicht, indem man nur auf die Gesetze achtet. Kaum einer der Flüchtlinge mag wohl Deutsch sprechen, nur wenige werden wohl nicht lesen können, jedoch zeigt eine Studie des Bundes, dass über ein Viertel der Asylbewerber ein Gymnasium absolvieren könnte. Davon könnte Deutschland auch profitieren.

Was auch zu bemängeln ist, ist das Verständnis, welches den Asylbewerbern meistens nicht entgegengebracht wird. Man muss bedenken, dass die Flüchtlinge ihre Lebensgrundlage und vieles mehr aufgeben mussten, um hier her zu kommen. Nur um dann abgeschoben zu werden oder in Abschiebehaft gesteckt zu werden?

Jan Jakubiak

Protest gegen Frontex

Flüchtlinge: Nur die Verantwortung der Mittelmeerländer?

Wenn die Lebensgrundlage eines Menschen zerstört wird und dieser in seinem Land nicht mehr leben kann, sehen viele in der Flucht den einzigen Ausweg.

von Jan Jakubiak

Flüchtlinge haben es nicht einfach. Auf der Reise sind sie vielfältigen Gefahren ausgesetzt. Allein im Mai 2014 starben über 150 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer mit seeuntüchtigen Schiffen zu überqueren. Die Flüchtlinge, die das Mittelmeer erfolgreich überqueren, gehen für gewöhnlich in Italien oder Griechenland an Land. Hier lauert aber schon das nächste Problem: Viele Länder an den EU-Außengrenzen sind mit der Aufnahme so vieler einreisender Flüchtlinge überfordert. Viele versuchen weiter zu kommen – etwa nach Deutschland. Doch dadurch, dass sie über ein anderes sicheres EU-Land eingereist sind, in dem keine Verfolgung herrscht, werden die Flüchtlinge in Deutschland nicht als Asylberechtigte anerkannt. Laut amnesty international würde diese Regelung dafür sorgen, dass viele Flüchtlinge kein Asyl bekommen, unter anderem, weil die EU bestimmen kann, welches Land als sicher gilt, und welches nicht. „Unklar sei, wie künftig „Kettenabschiebungen von Asylbewerbern in deren Herkunftsland verhindert werden können", sagt Julia Duchrow von amnesty international.

Viele Experten verstehen die Kritik der Mittelmeerstaaten der EU an der Haltung entfernterer EU-Länder. „Sich in Mittel- und Nordeuropa bräsig zurückzulehnen und Italien mit dem Hinweis auf die sogenannte Drittstaaten-Regelung allein zu lassen, ist nicht nur bürokratisch seltsam. Es ist unmenschlich.", meint der Chefredakteur des Evangelischen Online-Magazins Chrismon, Burkhardt Weitz. Er plädiert für eine europäische Quotenlösung.

Auch Wolfgang Kubicki, Landeschef der FDP in Schleswig-Holstein, hält die „Drittstaatenregelung für dringend reformbedürftig". Die Flüchtlinge sollten „die Möglichkeit haben, innerhalb Europas weiterzureisen, und nicht in Südeuropa bleiben müssen". Allerdings könnten dadurch auch Deutschlands Aufnahmekapazitäten ‚gesprengt' werden, da dann mehr als das von der Bundesregierung beschlossene Aufnahmekontingent von 5.000 syrischen Flüchtlingen aufgenommen werden müsse. Kubicki meint, man solle die Aufnahmekapazitäten immer im Auge behalten, da es niemandem was bringe, Zeltstädte zu errichten.

Dennoch: Wenn die Europäische Union in so vielen Bereichen eine gemeinsame Politik macht, warum bleibt die Verantwortung für die Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen in erster Linie Sache der südlichen Länder – jener Länder, die ohnehin durch die Finanzkrise am stärksten gebeutelt sind? Eine gemeinsame und solidarische Lösung wäre doch nicht abwegig, oder?

Die Europäische Flüchtlingspolitik

Seit den jüngsten Flüchtlingstragödien im Mittelmeer diskutieren die Regierungschefs der EU, was man tun sollte. Italien hatte 2013 bereits eigenständig das auch von vielen Flüchtlingsorganisationen gelobte Programm „Mare Nostrum" eingeführt, das in erster Linie darauf zielte, Leben zu retten. Forderungen an die EU, sich daran zu beteiligen, wurden nicht erfüllt. Das Programm läuft Ende 2014 aus. Mittlerweile wurde von der EU das Programm Triton unter der Führung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX beschlossen. Es soll primär dazu beitragen, ‚illegal' Einreisende zu entdecken und für deren Rückführung zu sorgen. Auch soll eine Rettung auf hoher See nicht mehr stattfinden, sondern nur in Küstennähe.

Im Oktober 2014 behandelte der EU-Ministerrat das Thema erneut. Dabei prallten die verschiedenen Interessen aufeinander. Bevorzugte Zielländer wie Deutschland oder Frankreich fordern eine Quotenverteilung und u.a. die Einhaltung des Dublin-Verfahrens, wonach die Flüchtlinge im ersten EU-Ankunftsland, also etwa in Italien oder Griechenland, registriert werden müssten. Diese Länder fühlen sich indes überfordert und fordern mehr Unterstützung – sie lassen die Flüchtlinge oft ohne Registrierung weiterreisen.

Ein Ende des Streits ist nicht in Sicht. Für die Flüchtlinge bedeutet das nichts Gutes. Denn einig ist man sich nur, dass Überwachung und Rückführung verstärkt werden sollen. Amnesty International drückte die Befürchtung aus, dass Asylsuchende durch Überwachung und direkte Zurückweisungen nicht geschützt, sondern auf noch gefährlichere Fluchtrouten gedrängt würden. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl stellte fest, dass „systematisch völkerrechtswidrige Zurückweisungen an den Land- und Seegrenzen" die Regel seien.

Niklas Tiedemann

Europa macht die Schotten dicht!

Mehr als 50 Millionen Menschen weltweit sind auf der Flucht vor Verfolgung, Folter, Vergewaltigung, Kriegen und Bürgerkriegen oder Klimaveränderungen und den Folgen der Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen.

von Dennis Matveev und Melih Agildere

Die Flucht in ein sicheres Aufnahmeland ist extrem schwierig, und in den meisten Fällen ist der Weg dahin von großen Gefahren und gewaltvollen Erfahrungen begleitet.

Wie reagiert Europa auf diese Situation? Im Vergleich zu vielen erheblich ärmeren Ländern nimmt es sehr wenige Flüchtlinge auf. Es dominieren, wie Mirjam Zastrow in der Wochenzeitung Freitag schreibt, „unsolidarische und protektionistische Maßnahmen." Dabei wäre gerade jetzt, in Zeiten zunehmender Bürgerkriege in Afrika und im Nahen Osten, die Zeit für einen Neuanfang.

Doch europäische Flüchtlingspolitiker raten davon ab: Europa hätte angesichts der Finanz- und Schuldenkrise schon genug Problem mit sich selbst. So weitete das EU-Parlament im Februar 2014 die Befugnisse der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX weiter aus. Um zu verhindern, dass noch mehr Flüchtlinge nach Europa gelangen, schottet sich Europa mit mehr Drohnen und Satellitenüberwachungen ab, um schnellstmöglich die Flüchtlinge aufzuspüren – vordergründig um sie in Sicherheit zu bringen, vor allem aber um sie zurückzuführen. Wird ein Flüchtlingsboot ausgemacht, darf es angehalten, kontrolliert und zwangsweise in den Drittstaat zurückgeführt werden.

Fluchtgründe und auch die europäische Mitverantwortung dafür spielen keine Rolle, dabei gibt es viele Ideen, um Menschen zu helfen, damit sie nicht ihre Heimat verlassen. Zentral ist das „Push Back": Es soll verhindert werden, dass noch mehr Flüchtlinge nach Europa über das Mittelmeer gelangen. Die meisten werden dann vom Drittstaat wieder in ihr Herkunftsland abgeschoben. Die wenigsten bekommen ein Visum für einen europäischen Staat.

Sojafeld in Brasilien

In Entwicklungsländern ist die Landwirtschaft meist ein sehr bedeutender Wirtschaftszweig

Das ungleiche Dreieck des globalen Fleischgeschäfts

Oder: Warum unsere Hühner den Regenwald auffressen und Menschen hungern.

von Niklas Tiedemann und Quentin Mönich

Brasilien ist einer der weltgrößten Sojaproduzenten mit einem Marktanteil von mehr als 30%. Europa und der Rest der Welt fordern aber immer mehr und mehr Soja vor allem für ihre Masttierproduktion. In einem Jahr wird eine Fläche so groß wie Portugal und Frankreich zusammen dafür benötigt. Regenwald wird für einen Cent pro Quadratmeter verkauft, dann gerodet und darauf werden Monokulturen angebaut. Das ganze geschieht in einer der ärmsten Regionen Brasiliens. Die dort lebenden Menschen, vorwiegend Kleinbauern, erleben regelmäßig Hungerkrisen. Doch damit nicht genug: Da Brasilien nicht mehr genug im eigenen Land für den Weltmarkt produzieren kann, kaufen oder pachten Investoren mittlerweile ebenfalls riesige Ländereien in ärmeren Entwicklungsländern, um diese ebenfalls zur Landwirtschaft zu nutzen. Dieses Soja wird dann vorwiegend nach Europa und Asien exportiert, 98% des Anbaus wird zu Tierfutter, so z.B. für die Hühnerproduktion. Das Soja, das im eigenen Land produziert wird, wird also nicht für die eigene Bevölkerung genutzt, sondern für unsere Hühner. Den armen Bauern Nordosten Brasiliens bleibt nichts.

Doch das ist erst das erste Kapitel des Soja-Fleischweltmarkts: Die Massennachfrage nach Fleisch hierzulande steigt immer weiter – und vor allem muss es immer billiger werden. Die Hühner werden in riesigen Brut-, Mast- und Schlachtbetrieben produziert. Die guten Hühnerteile – Schenkel und Brust – bleiben hier. Aber alles andere – Flügel, Füße oder auch Überschüsse, für die die Betriebe hierzulande eigentlich Entsorgungskosten zahlen müssten – werden zu Billigpreisen tiefgekühlt nach Afrika, etwa nach Ghana, exportiert. Und das Ganze wird von der EU sogar gefördert. Doch da lösen die Exporte große Probleme aus. Eines ist etwa, dass die Hühnerreste meistens nur notdürftig gekühlt sind und daher ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko für die Konsumenten darstellen. Wichtiger noch ist aber die Auswirkung auf die Landwirtschaft. In Entwicklungsländern ist die Landwirtschaft meist ein sehr bedeutender Wirtschaftszweig, denn hier sind oft 60% und mehr der Erwerbstätigen beschäftigt. Aber diese leiden immer stärker unter der ungleichen Konkurrenz. Dort werden – wie am Beispiel der Hühner zu erkennen ist – die lokalen Märkte überschwemmt. Die afrikanischen Züchter können ihre eigenen Hühner immer weniger auf dem Markt anbieten und schon gar nicht zu den Preisen, die europäische Tiefkühlreste kosten. Viele Bauern geben ihr Geschäft auf und verarmen – auch sie sind es, die nach Europa wollen.

Ein Vorteil dieser Entwicklung ist zwar, dass sich ärmere Menschen in Afrika mehr Essen leisten können, was man nicht unterbewerten sollte. Aber wenn dadurch noch mehr Menschen verarmen? Wo ist der Ausweg? Unserer Meinung nach ist grundsätzlich der Export von Hühnerfleisch in Entwicklungsländer nicht schlecht. Was aber gar nicht geht, ist, dass die europäischen Exporte auch noch mit Millionen subventioniert werden – das ist keine faire Konkurrenz. Auch könnte man sie an Entwicklungshilfen koppeln, um die Standortfaktoren für die Industrie in Afrika zu verbessern. Vielleicht könnte das auch ausländische Investoren locken, die die Industrialisierung in Afrika voranbringen und Arbeitsplätze schaffen. Aber wer finanziert schon gerne seine eigene Konkurrenz – und schließlich ist ja auch Europa in der Krise.

Biosprit oder Nahrung?

Seit Anfang des Jahrtausends gelten Bio- bzw. Agrartreibstoffe, die aus ölhaltigen Pflanzen gewonnen werden, als Wundermittel im Kampf für ein besseres Klima.

von Talia Ölker, Irmgard Becker und Kristina Mamedow

Agrartreibstoffe wachsen nach und haben eine viel bessere CO_2-Bilanz. Und man kann wieder beruhigt Auto fahren… Weil in Europa diese Pflanzen aber nicht in enormen Mengen angebaut werden können, werden Sie in Entwicklungsländer wie Indonesien auf riesigen Plantagen gepflanzt und die daraus gewonnenen Öle importiert – mit schlimmen Folgen.

Seitdem die EU 2004 angeordnet hat, Pflanzenöl in Diesel zu mischen, geht es in Indonesien fast nur noch um den Anbau der benötigten Palmölpflanzen, um den Hunger des europäischen Marktes auf Biosprit zu stillen. Während aber die EU den Anbau von Biospritpflanzen mit sehr viel Geld fördert (über 10 Milliarden Euro Steuergelder hat Europa für Subventionen ausgegeben), leiden Millionen von Menschen in Indonesien an zu wenig Nahrungsmitteln. Denn die Auswirkungen sind enorm: So etwa beim Volk der Orang Rimba (Nomaden des Waldes). Durch die Rodung des Urwalds und die Palmölproduktion gehen der Lebensraum und die Nahrung der Menschen verloren. Ureinwohner und Kleinbauern werden aus dem Regenwald vertrieben, um Platz für die Palmölproduktion zu schaffen. Großkonzerne nehmen – in Absprache mit den Regierungen – das Land in Besitz nehmen, ohne die bisherigen Besitzer abzufinden. Insgesamt sind rund 40 Millionen Menschen davon direkt betroffen. Außerdem sind die Preise für das Öl in Indonesien enorm gestiegen, was jeden Menschen dort direkt betrifft. Der Gewinner dieses Biospritwahns ist der europäische Markt. Anstatt aber, dass das Problem des Klimawandels gelöst wurde, hat der Agrartreibstoffboom für eine Hungerkrise gesorgt, weswegen Hunderttausende ihre Heimat verlassen.

In Indien spielt sich ungefähr dasselbe ab. Mercedes-Benz führt dort ein Biospritprogramm durch, bei dem die giftige Jatropha-Nuss auf „ungenutztem" Land angebaut wird. Jedoch ist dieses Land nicht wirklich ungenutzt – Bauern nutzen Sie gemeinsam als Viehweide. Die Folgen des Anbaus der giftigen Nuss sind, dass diese Weiden nichts mehr nutzen, weil Jatropha keine anderen Pflanzen um sich herum wachsen lässt. Auch hier wird die Lebensgrundlage von unzähligen Menschen zerstört.

Palmölproduktion auf Borneo, Malaysia

Diamantenhandel in der Stadt Bo im Süden von Sierra Leone

Fluchtursache Rohstoffreichtum: Das Beispiel Sierra Leone

Afrika: Sofort denkt man an verhungernde Familien, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen. Dabei ist Afrika ein reicher Kontinent.

von Talia Ölker, Irmgard Becker und Kristina Mamedow

Der Westen Afrikas ist reich an Rohstoffen, Gold, Baumwolle, Diamanten, fruchtbaren Böden und Fischbeständen – aber seltsamerweise ist genau dieser Reichtum Auslöser für die enorme Fluchtbewegung innerhalb Afrikas und nach Europa. Denn der Reichtum bleibt nicht im Land bzw. kommt bei den einfachen Menschen nicht an. Im Gegenteil: Sie verarmen immer mehr, wie das Beispiel Sierra Leone zeigt: 70% der ca. fünf Millionen Einwohner eines der rohstoffreichsten Länder im Westen Afrikas leben in absoluter Armut.

Die Ausbeutung der Bodenschätze – Diamanten, Bauxit, und seltene Metalle – weist in diesem Land die höchste Einkommensquelle auf. Aber eben nicht für die einfache Bevölkerung. Riesige Landflächen werden an ausländische Unternehmer sehr billig verpachtet. Die Menschen, die dort schon seit ewig leben, werden vertrieben oder bekommen kleine Ersatzzahlungen. Diese Menschen entscheiden sich oft zur Flucht in der Hoffnung, lebend und gesund irgendwo anzukommen, wo sie ein besseres Leben beginnen können. Jedoch ist dies nur selten der Fall. Die meisten bleiben im afrikanischen Kontinent, ein kleinerer Teil versucht durch die Sahara bis nach Europa zu kommen. Alleine im Jahr 2011 ertranken 1500 Flüchtlingen bei dem Versuch, mit dem Boot von Afrika aus Italiens Küste zu erreichen.

Stichwort ‚Land Grabbing'

Private Investoren aus Industrie- und Schwellenländern und staatliche Akteure sichern sich durch sogenannte Auslandsdirektinvestitionen und mittels langfristiger Pacht- oder Kaufverträge große Agrarflächen in Entwicklungsländern.

von Mohammed Bakirci

Dort werden vorrangig Nahrungsmittel oder Energiepflanzen für den Export angebaut, die der Ernährungs- und Energiesicherung der Investorländer dienen. Nach der Ernährungskrise 2008 wurden Nahrungsmitteln knapper, und Land Grabbing bekam einen neuen Schub. Einerseits wollen einzelne Länder ihre Ernährungssicherheit auf diese Weise absichern. Und dies sind nicht nur die reichen Länder des Nordens, sondern vermehrt auch Schwellenländer wie China, Saudi-Arabien oder Südkorea, die Grundnahrungsmittel in Entwicklungsländern anbauen lassen und in ihre Länder exportieren, da sie selbst nicht mehr ausreichend davon zur Verfügung haben. Außerdem haben auch Anlagefonds den Agrar-und Nahrungsmittelmarkt für sich entdeckt.

Für die Bevölkerung in den Entwicklungsländern bedeutet dies meistens nichts Gutes. Zwar wird mit Infrastruktur und Arbeitsplätzen gelockt. Oftmals werden sie aber enteignet bzw. ihre alten Landrechte nicht anerkannt oder sogar vom Land vertrieben. Und Arbeitsplätze gibt es nur wenige. Auch kriegen sie von dem Verkauf der Ländereien meistens gar nichts mit, sie werden nicht gefragt. Für viele bedeutet Land Grabbing letztlich eine weitere Verarmung.

Für die Bevölkerung in den Entwicklungsländern bedeutet dies meistens nichts Gutes.

Kommentar: Land Grabbing

Auf unserer Erde Leben mindestens 925 Milionen Menschen ohne ausreichendes Essen und in absoluter Armut. Sie hungern; Tag für Tag kämpfen sie um ihr Leben und gegen den Drang, etwas zu essen. Wie ist das möglich? Es gäbe genug Lebensmittel für alle Menschen und Lebewesen auf der Welt. Das meiste Land wird von großen Investoren gekauft, und die Lebensmittel, die darauf geerntet werden, werden sofort in reichere Länder exportiert, ohne dass die Bevölkerung vor Ort etwas bekommt. Was soll das? Die Menschen arbeiten hart – und ihnen bleibt nichts. Land Grabbing bedeutet so viel wie Landdiebstahl. Land Grabbing: Bauern werden von ihrem Land vertrieben, oftmals müssen sie alles aufgeben, was sie lieben, weil der Staat das Land an Investoren verkauft, ohne auf die Menschen Rücksicht zu nehmen. Den Menschen auf dem Land wird ihr Land geklaut. Den betroffenen Familien fehlt nicht nur der Zugang zu Land und Nahrung, sondern auch zu Bildung und anderen wichtigen Faktoren.

Bevor ich dieses Thema bearbeitete, begriff ich nie, warum man sagt, dass in jeder Sekunde 3 Menschen an Unterernährung sterben – das konnte ich mir nie vorstellen. Aber jetzt verstehe ich mehr, habe eine Idee davon, was es heißt, wenn Menschen am Verhungern sind. Jeder redet von Menschenrechten, hier: das Menschenrecht auf Nahrung, aber wo sind sie? Alle reden davon, aber nur wenige machen etwas. Mächtige, Regierungen sind korrupt, machen ihr Geschäft mit den Großkonzernen, um die Menschen geht es selten. Wo ist die Menschlichkeit, die Menschen doch angeblich haben? Und wir wundern uns, wenn diese Menschen fliehen, zu uns, in den reichen Norden, der so oft profitiert.

Ravi Kant Sharma

Klimaflüchtlinge in Bangladesh

Zahl der Klimaflüchtlinge nimmt immer mehr zu

Die Zahl der Klimaflüchtlinge wird nach einer im Tagesspiegel veröffentlichten Studie in den nächsten Jahren drastisch zunehmen.

von Jordan Obey und Yannik Rosebrock

Im Jahr 2050 rechnet man mit ca. 200 Millionen Menschen auf der Flucht. Am meisten sind die Dritte-Welt-Länder betroffen, dabei tragen diese am Klimawandel gar keine Schuld. Die meisten Menschen flüchten, weil der Klimawandel viele Teile ihres Landes zerstört hat. Doch an den vielen Flüchtlingen sind meistens die Industriestaaten schuld, weil sie über Jahrzehnte am meisten Energie verbrauchten und am meisten Schadstoffe ausstießen und damit den Treibhauseffekt vorantrieben. Das Geld der Dritte-Welt-Staaten reicht aber nicht aus, um sich für die Folgen zu wappnen und für die Menschen resistente Lebensgrundlagen aufzubauen. Das würde ca. 4 Milliarden Euro kosten – und dafür geben die reichen Länder fast keinen Zuschuss.

Die Philippinen nach dem Taifun ‚Haiyan'
Als der Taifun Haiyan im November 2013 über dem Pazifik hinwegfegte, war die Weltöffentlichkeit schockiert. Eine riesige Schneise der Vernichtung und Zerstörung wurde sichtbar, die mehrere Millionen Menschen traf. Schlimmer noch als die gefährlichen Winde war die Sturmflut, die er auslöste. Viele Küstenstreifen wurden bis hunderte Meter ins Land hinein von meterhohen Wellen überschwemmt, die alles fortrissen. Viele kleinere Inseln waren der Sturmflut überhaupt nicht gewachsen – die Menschen versuchen sie zu verlassen, da die stärker werdenden Taifune und auch der Anstieg des Meeresspiegels sie im Grunde unbewohnbar werden lassen. Aber auch auf den größeren Philippinen verloren alleine vier Millionen Menschen ihr Obdach. Bis heute ist noch nicht klar, wie viele Tausende gestorben sind – unzählige sind noch vermisst.

Mittlerweile rollt der öffentliche Verkehr in Tacloban, der am stärksten betroffenen Stadt, wieder, und Kinder können spielen. Trotzdem: Millionen Menschen im Taifungebiet brauchen aber weiter Unterstützung – auf Monate oder Jahre hinaus. 2.5 Millionen Menschen brauchen langfristige Nahrungshilfen, und mehr als eine Million Häuser wurden zerstört. Man ist besorgt, weil die Spendenbereitschaft sehr schnell abnahm, obwohl man über 6 Monate lang viele Spenden braucht. Die UN-Agrarorganisation (FAO) versucht jetzt die zerstörten Reisfelder wieder aufzubauen, damit nicht das ganze Land auf Nahrungshilfen angewiesen ist. Es ist offen, ob und wann die langfristigen Folgen behoben sein werden. Aber davon erscheint jetzt nichts mehr im Fernsehen.

Europäische und US-amerikanische Subventionen zerstören den Baumwollanbau in Burkina Faso

In Burkina Faso und weiteren west- und zentralafrikanischen Ländern leben Dutzende Millionen Menschen vom Baumwollanbau.

von Jannes Conrad

Nach Kaffee und Kakao ist das ‚weiße Gold' das wichtigste Exportgut. Doch obwohl die westafrikanischen Baumwollfarmer die kostengünstigsten der Welt sind, zählen sie weltweit zu den ärmsten. Der Verfall der Weltmarktpreise traf die Bauern im Sahel besonders stark. Schlimmer aber noch sind die Subventionen der reichen Industrieländer, die diese ihren eigenen Farmern zur Unterstützung zahlen. Dieser ungleichen Konkurrenz sind die Farmer in Westafrika nicht gewachsen. Um produzieren zu können, wurden Tiere oder Land verkauft, was die künftige Produktion noch mehr erschwerte und die Bauern um Jahre zurückwarf. Aber nicht nur die Farmer leiden, sondern die gesamte Gesellschaft. In Burkina Faso kommen etwa 60% der Exporteinnahmen aus dem Baumwollanbau.

So wurden die US-amerikanischen Baumwollfarmer von 2005 bis 2010 mit ungefähr einer Milliarde Dollar jährlich unterstützt. Die Auswirkungen der Subventionen sind schlimm, durch sie sind die Weltmarktpreise nach ökonomischen Berechnungen um rund 12,6% gefallen. Aber auch die EU-Subventionen der Bauern in Griechenland und Spanien haben eine schlimme Wirkung. Nach einer Studie des Oversea Development Institute sind sie allein für 38% der Einkommensverluste der afrikanischen Bauern verantwortlich. Dies liege v.a. daran, dass die europäische Baumwolle in direkter Konkurrenz mit der afrikanischen stehe.

Die Industrieländer fordern seit Jahrzehnten die Liberalisierung des Handels und zwingen ihn den armen Ländern durch die Kreditbedingungen von IWF und Weltbank auf. Sie selbst aber sind selbst extrem protektionistisch, dass heißt sie schützen und unterstützen ihre eigenen Bauern – das ist kein fairer Handel. Francis Kologo von der Bauerorganisation Sofitex aus Burkina Faso erklärt im Film ‚Let's make money': „ Das ist mit zweierlei Maß gemessen. Das ist, wie wenn die eine Mannschaft A mit den besten Schuhen spielen darf und auch noch mit den Händen, und die Mannschaft B – wir die kleinen Länder Afrikas – nur mit bloßen Füßen. Finden Sie das normal?" Und weiter sagt er: „Wenn die reichen Länder ihre Subventionspolitik nicht ändern, dann haben wir keine Chance. Wir werden kommen, nach Europa. Das ist egal, ihr könnt noch so hohe Mauern und Zäune bauen, wir werden kommen, weil wir keine andere Alternative haben."

Baumwollfeld

Township Khayelitsha am Stadtrand von Kapstadt

Fluchtziel Südafrika: ‚Kap der guten Hoffnung'?

Nicht nur Europa ist ein Ziel von Flüchtlingen, sondern auch Südafrika.

von Talia Ölker, Irmgard Becker und Kristina Mamedow

Seit dem Ende des Apartheidregimes hat die Armut zwar nicht abgenommen, dennoch geht es den Menschen besser als in vielen Ländern Zentralafrikas. Sehr viele Einwanderer und Arbeitssuchende kommen an das Kap der guten Hoffnung mit der Hoffnung auf ein besseres Leben.

Fast die Hälfte der Bevölkerung in Südafrika lebt unter der Armutsgrenze. Und mit den Men-schen, die hinzukommen, wachsen auch die Townships – die Elendsviertel an den Stadträn-dern, die bereits während der Apartheid entstanden sind. Alleine 1,5 Millionen Menschen leben in den Townships von Johannesburg – und es werden immer mehr. Sie leben in Häusern oder Shacks, wie man sie dort nennt. Sie bestehen aus Wellblech, Pappe und Brettern, was im Winter bei heftigem Regen und Sturm nicht vorteilhaft ist. Aber etwas anderes können sich die meisten nicht leisten.

Obwohl das Township überfüllt ist und die Besiedlung an vielen Stellen verboten ist, wird das Elendsviertel weiterhin besiedelt. Dadurch entstehen illegale Siedlungen. Millionen von Menschen haben noch heute keinen Zugang zu Strom, sauberem Trinkwasser oder sanitären Anlagen. Das größte Problem des Landes sind die fehlenden Arbeitsplätze, denn während die wichtigsten Industrien im Land immer mehr Arbeiter entlassen, steigen die Preise immer höher. Südafrikas Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 28 Prozent – inoffiziell jedoch vermutet man 40 Prozent. Meist müssen sich die Menschen dort Arbeit „auf der anderen Seite" besorgen, dort, wo das Geld herkommt.

Geoff Steyn lebt auf der anderen Seite. Er ist ein erfolgreicher Makler und ist auf Luxus spezialisiert. Auch wenn er in der Stadt geboren und aufgewachsen ist, war er noch nie in einem dieser Armenviertel. Seine Begegnungen mit Armen beschränken sich auf die Arbeitssuchenden und Arbeitenden in der Stadt. Die Gesellschaft ist aufgeteilt in Reiche und Arme, und noch nie waren die Unterschiede zwischen ihnen größer als heute. Als Folge der rassistischen Apartheidpolitik ist der Grundbesitz Südafrikas noch heute ungerecht aufgeteilt. Trotz des Wirtschaftswachstums schafft es die Regierung nicht, die Armut zu bekämpfen, da der Bedarf von Armen, die eine Wohnung benötigen, jährlich um mehr als 200.000 Häuser steigt. Südafrika hat nicht umsonst neben Brasilien den höchsten „Gini-Koeffizienten" der Welt. Dies ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilung.

Südafrika ist ein Land voller Gegensätze. Es gibt so viele Menschen, denen es sehr schlecht geht, und Menschen, denen es hervorragend geht. Eine der traurigsten Tatsachen ist die, dass es den Menschen, denen es gut geht, überhaupt nicht klar ist, was für ein Glück sie haben, während andere dieses Glück dringend gebrauchen könnten.

Soweto im Süden von Johannesburg

In Kliptown beträgt die Arbeitslosigkeit rund 70 Prozent

Neue Heimat links der Weser

Im Jahr 1974 ist unsere Familie nach Kattenturm gezogen. Ich war 10 Jahre alt und im Grunde ein Landei. Die gut gemeinte Betonwelt des sozialen Wohnungsbaus und das Kindergewusel im „kinderreichsten Stadtteil Deutschlands", wie es stolz hieß, fand ich alles andere als toll. Für Neulinge gab es schon mal kräftig eins auf die Nase. Egal, wo die herkamen. In dieser Situation war mein erster Kumpel und Beschützer Massimo L., seine Familie hatte es aus Italien nach Kattenturm verschlagen.

Die L.s wohnten zu zehnt in Kattenturm Mitte in einer winzigen Wohnung. Die Kinder stapelten sich in Dreier-Etagenbetten wie im Schullandheim, keins hatte ein eigenes Zimmer. Die Ausmaße der Mama füllten fast allein das kleine Wohnzimmer.

Als ich zum Kindergeburtstag eingeladen wurde, gab es abgezählt auf dem Teller einen Schokokuss, eine Scheibe kalten Hund und eine Capri-Sonne.

Aber die Stimmung bei L.s war gut, ich mittendrin, kaum ein Wort verstehend, doch mit dem Gefühl, hier gut aufgehoben zu sein. Kinder fühlen Gemeinsamkeiten mehr als Unterschiede: die L.s waren hier gestrandet und versuchten trotz Heimweh klar zu kommen, das konnte ich nachvollziehen.

Damals waren die Arbeitsuchenden Italiener (die jetzt beim Flüchtlingsthema eine ganz andere Rolle spielen) bei uns die „Gastarbeiter". Gast, das klang wie: die gehen irgendwann schon wieder weg. Und Arbeiter, das klang irgendwie fleißig. Heute werden Flüchtlinge aus aller Welt (Unwort-Steigerungsform: Asylanten) in den Gemeinden oft als Bedrohung empfunden: die gehen ja gar nicht wieder! Und arbeiten die denn? Oder klauen die gleich? Ohne Empathie für das Schicksal der Menschen.
Die Kids, die für diese Zeitung verantwortlich sind, haben es für mein Gefühl ganz unbefangen völlig richtig gemacht. Sie haben mit gleichaltrigen Flüchtlingskindern Sport gemacht, haben mit ihnen gefeiert, gealbert, musiziert, gekocht, Freundschaften geschlossen.
Sie haben sich gegenseitig ihre Geschichten erzählt, sich von Schicksalen berühren lassen. Da ist Vertrauen entstanden, ganz natürlich, auf Augenhöhe. Jeder hat gemerkt, wie gleich letztlich alle Menschen sind. Und wie leicht es fällt, etwas zu teilen in einem Land, in dem es von allem genug für alle gibt. Vielleicht sollte jeder mal eine Flüchtlingsfamilie zum Essen einladen, oder umgekehrt.

Ulf Nawrot ist Designer und wohnt in Bremen. Er hat die Grundschule Stichnathstrasse und die Gymnasien Obervieland und Huckelriede besucht. Sein Team hat geholfen, diese Zeitung zu gestalten.

WP Kurs-MR – Gymnasium Links der Weser, Integrationsklasse unbegleiteter Flüchtlinge

Von links, hintere Reihe: Bettina Horn-Udeze (Klassenlehrerin des VK 1301 an der Allgemeinen Berufsschule), Javad (Afghanistan), Ravi Kant Sharma (Obervieland), Mamadou und Souleymane (Guinea Conakry), Yannik Rosebrock, Melih Agildere (Obervieland), Lamin (Gambia), Hussein Maatouk, Hadi Taha (Obervieland), Zaki (Somalia), Malidu Winkler, Mohammed Bakirci, Emre Metin, Quentin Mönnich, Niklas Tiedemann, Sabrina Kolinko (alle Obervieland), Thierno (Guinea Conakry), Jannes Conrad, Jordan Obey, Jill Schneider, Dennis Matveev (alle Obervieland), Mohamed (Westliche Sahara/ Marokko), Can Celik (Obervieland)

Von links, vordere Reihe: Safiullah (Afghanistan), Bamba (Somalia), Mehmet (Türkei), Mailin Adameit, Lea Behnken (Obervieland), Ali (Somalia), Kasim (Türkei), Faysal (Somalia), Quentin Emde (Obervieland), Hassan (Somalia), Jan Jakubiak (Obervieland)

„Wenn wir so weiter machen, dann kommen neue Selektionsmechanismen – Selektionsmechanismen zwischen Staaten, zwischen Rassen, zwischen Religionen, zwischen berechtigten Menschen, zwischen unberechtigten, zwischen wertvollen und nicht wertvollen Menschen. Dann wird der monetäre Wert des Menschen irgendwann in den Vordergrund geschoben. Und dann beginnt ein neues Zeitalter der Barbarei. Das ist unausweichlich.“

Hermann Scheer (†2012) – ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

Impressum

Gymnasium Links der Weser
Alfred-Faust-Straße 6 – 28277 Bremen

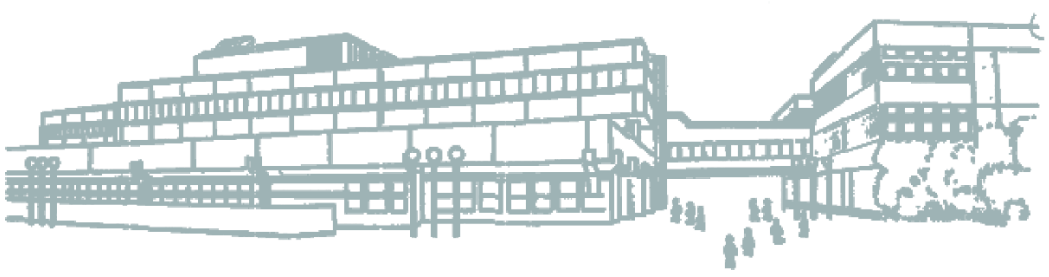
Redaktion: Dr. Jens Winter, Jürgen Cordes und Franz Dwertmann
Layout: Team Nawrot
V.i.S.d.P.: Dr. Jens Winter - Gymnasium Links der Weser-Bremen Obervieland

Quellennachweis: Eine Liste der genutzten Quellen finden Sie auf unserer Homepage www.320.schule.bremen.de

Bildnachweise: S.5: www.flickr.com/johannesgrunert, S.6: www.flickr.com/masonotarianni, S.8: www.flickr.com/ihhinsaniyardimvakfi, S.9: www.flickr.com/ekvidi, s.10: www.flickr.com/muehlinghaus, S.11: www.flickr.com/bruno_brujah, www.flickr.com/erix, www.flickr.com/anschieber, S.12: www.flickr.com/teseum, S.13: www.flickr.com/realdeal09, www.ars.usda.gov, S.14: www.flickr.com/julielaurent, www.flickr.com/jitbag, http://www.voanews.com/

Gymnasium Links der Weser
Ganztagsschule - Eliteschule des Fußballs

SCHULE OHNE RASSISMUS
SCHULE MIT COURAGE



Vielen Dank an all jene, die unser Projekt unterstützt haben!

Die Sparkasse Bremen Finanzdienstleistung
gemeinsam gut! Die Stadtteilinitiative der Sparkasse Bremen
TEAM NAWROT
Landeszentrale für politische Bildung Bremen
Bürgerhaus Obervieland